

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mk. Anzeigenpreis die 6 Spalten. Colonnelle für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

An unsere Frauen!

Unser großer Dichter Schiller hat uns in seinem Tell in herrlicher Weise den Einfluß einer tief veranlagten tatkräftigen Frau auf ihren Gatten geschildert. Gertrud Stauffacher ist es, die mit ihrem Mann in trautem Zwiegespräche vor dem Hause sitzt und den noch zögernden Stauffacher zu entschlossenem Handeln für das Wohl des Staates anfeuert. Und glücklich preist sich Stauffacher, eine solche mutige und einsichtsvolle Lebensgefährtin zu besitzen.

Das öffentliche Leben stellt heute an jeden Mann die größten Anforderungen. Die Zeiten sind vorüber, in denen die Bürger ruhig zu Hause hinter dem Ofen saßen und die Regenten regieren ließen. Heute ist jeder an dem öffentlichen Leben beteiligt, und wer sich zurückhält, der mag sehen, wie er zu seinem Rechte kommt. Es gibt noch manche unentschlossene Männer, die die Forderung des Tages und der Stunde noch nicht erkannt haben, die noch nicht eingestiegen sind für unsere Zeit der Selbsttätigkeit und Selbsthilfe. Möchten sie alle eine Gertrud Stauffacher zur Vattin haben, die sie energisch aufstellt und an die ernste Pflicht gemahnte.

Ihr Frauen unserer Kollegen! Alle habt ihr eine Mission an euren Männern zu erfüllen, indem ihr dafür sorgt, daß sie auch ihre Pflicht dem Vaterlande und dem ganzen öffentlichen Leben gegenüber erfüllen. Zeigt euch als wahre Lebensgefährtinnen, die wissen, welches die ernste Aufgabe eurer Männer in der Gegenwart ist.

Unser christlicher Metallarbeiterverband ist gewiß hochbedeutsam für uns alle, in ihm kämpfen und ringen wir um unser aller Wohl. Frauen, sorget, daß eure Männer auch ihre Pflicht dem Verbands gegenüber in treuer Mitarbeit erfüllen. Mahnt sie, regt sie an zu eifrigem Besuch der Versammlungen, weckt sie zur Begeisterung für unsere gemeinsame Tat. Unser Werk ist mühsam, aber wenn wir alle tätig sind, wird der Erfolg immer größer werden. Frauen, helfet uns an eurem Plage, höret auf die Forderungen unserer Zeit!

Arbeiterschutz und Arbeitslohn in der Grobbleisenindustrie.

Den „Herrn der Erde“ und den „Hütern des Feuers“, wie Paul Grabein die Kapitäne der Montanindustrie zu nennen beliebt, ist die zielbewusste Aufklärungsarbeit unseres Verbandes über die Arbeitsverhältnisse in der Grobbleisenindustrie arg unbehaglich. Hinzu kommt, daß unsere Angaben durch die Ermittlungen der Gewerbeinspektoren restlos bestätigt werden. Die Grobbleisenwerke merken, daß die Regierung nicht mehr länger zögern kann und Abhilfe schaffen muß.

Um die Angaben der Arbeiterorganisation und Gewerbeinspektoren zu erschüttern — und dadurch wenn eben möglich, das Eingreifen der Regierung zu verhindern — stellte die Grobbleisenindustrie eine ganze Reihe neuer Synodizi ein. Diese Herren entwickelten eine so betriebsame Tätigkeit, die uns Arbeitern nur nutzen kann. Die Herren sind nämlich mit heißem Bemühen bestrebt, die wahre Sachlage konstant zu verschleiern. Was sich letzten Endes die sachverständigen Organe der Regierung auf die Dauer nicht bieten lassen können und zum Einschreiten zwingen muß. Wer Augen hat zu sehen und Ohren um zu hören, dem sagt der diesjährige Bericht der Gewerbeaufsicht des Regierungsbezirks Düsseldorf genügend.

Doch die Synodizi sind nun einmal, und müssen ihren Auftraggebern dienstbar sein. Jede Gelegenheit benutzen sie zum in der Scharfmacherpresse zu verkünden: Wie „gut es die Arbeiter“ in der Schwerindustrie haben. So sind sie auch jetzt wieder in die Spalten der „Kölnischen Zeitung“ gestiegen. Und das kam so. Am 4. Mai führte Kollege Giesberts bei der Beratung des Marineetat's unter anderem auch folgendes aus:

„Wenn in den handwerksmäßigen Berufen, bei den Maurern, den Malern usw. überall in den letzten Jahren Lohn-erhöhungen tatsächlich durchgeführt worden sind, die durch Tarifverträge festgelegt sind, so sind hier bei der Grobbleisenindustrie trotz der guten Konjunktur effektive Lohn-erhöhungen nicht eingetreten und die Wünsche der Arbeiter auf Lohn-erhöhungen fast überall abgewiesen worden. Wenn die Arbeiter in der gegenwärtigen Zeit mehr verdienen, ist das fast überall durch intensive Arbeit infolge der außerordentlichen Hochkonjunktur, die die Eisenindustrie gegenwärtig hat, erreicht worden.“

Diese Ausführungen will die „Kölnische Zeitung“ als irrig dahinstellen (Nr. 559), und sie schreibt in einer langen Abhandlung ungenau und ungenügend:

In 45 Werken der rheinisch-westfälischen Grobbleisenindustrie die 114 115 Arbeiter beschäftigten, sei der Durchschnittslohn von 1608 in 1911 auf 1673 Mk. in 1912 gestiegen. Diese Lohn-erhöhung sei nicht, wie Giesberts behauptete, auf intensivere Tätigkeit und Heberarbeit zurückzuführen, sondern auf „tatsächliche Lohn-erhöhungen, die die Werke vorgenommen haben. „Das untrügliche Zeichen hierfür“, heißt es weiterhin, „bieten die Durchschnittslohn-erhöhungen der Arbeiter für die einzelne Schicht“. Diese sollen im Durchschnitt pro Mann und Schicht um 27 Pfg. gestiegen sein.

Wie die „Kölnische Zeitung“ aus diesen Angaben herausbestillieren kann, die Lohn-erhöhung von 65 Mark sei auf tatsächliche Lohn- oder Afford-erhöhungen zurückzuführen und nicht auf eine intensivere Tätigkeit der Arbeiter, das ist zum mindesten sehr sonderbar. Die angegebene Steigerung des durchschnittlichen Schichtverdienstes um 27 Pfg. beweist letzten Endes für ihre Argumentation garnichts. Um besten läßt sich dieses an einem Beispiel klar machen.

Von der Rh. W. Hütten-Walzwerksberufsgenossenschaft wurden nur die Durchschnittslohne der Vollarbeiter ermittelt, indem man einen Vollarbeiter gleich 300 und bei den Feuerarbeitern 365 Tagesverdienste einsetzt. Nimmt man nun die von der R. Z. genannte angebliche Lohn-erhöhung von durchschnittlich 27 Pfg. pro Mann und Schicht als Grundlage für die Jahreslohn-erhöhung, dann müßte letztere betragen, $300 \times 27 = 81$ Mk. bzw. 365×27 Pfg. = 98,55 Mk.

In Wirklichkeit beträgt die Lohn-erhöhung bei den 45 Werken im Jahre 1912 wie schon hervorgehoben nur 65 Mark. Hieraus geht hervor, daß mit den Ziffern der R. Z. nichts anzufangen ist. Will die R. Z. wirklich beweisen, daß die Lohn-erhöhung im Jahre 1912 auf tatsächliche Lohn- und Afford-erhöhungen zurückzuführen ist, dann braucht sie nicht wie sie in Nr. 622 mehr schnippisch als berechtigt meint, „die Tagelohn- und Afford-sätze von 6—700 Arbeiterkategorien“ zu veröffentlichen, sondern folgende Frage beantworten:

1. Wieviel Arbeitsstunden wurden von den 106 019 Arbeitern der 45 Werke im Jahre 1911 geleistet und wie groß war die Produktion.
2. Wieviel Arbeitsstunden haben die 114 115 Arbeiter derselben Werke 1912 geleistet und wie hoch belief sich in diesem Jahre die Produktion.

Erst wenn diese Fragen beantwortet werden, läßt sich feststellen, ob die Lohn-erhöhung des Jahres 1912 auf intensivere Tätigkeit oder auf Afford-erhöhungen zurückzuführen sind. Die Angabe der R. Z. anzunehmen, dazu haben wir keine Veranlassung. Die nicht endenden Klagen der Arbeiter über fortlaufende „Afford-regulierungen“ die samt und sonders auf Abzüge hinaus laufen, sind ein zu gewichtiger Gegenbeweis, den wir dazu noch mit öffentlich bekannten Tatsachen stützen können.

Der Jahresbericht der Handelskammer Duisburgs für 1912 enthält zur Lohnfrage in der Grobbleisenindustrie reiches Material. Dazu ist die Schwerindustrie in diesem Bezirk so stark vertreten, wie nirgendwo sonst in Deutschland.

Von den 219 711 Arbeitern im Königreich Preußen die im Jahre 1912 der Grobbleisenverordnung unterstanden, entfallen allein auf den Handelskammerbezirk Duisburg 43 179. Es darf daher angenommen werden, daß die Verhältnisse in der rheinisch-westfälischen Grobbleisenindustrie genau so liegen wie in Duisburg. Was sich aber hier zeigt, beweist, daß der Abgeordnete Giesberts im Rechte war, als er im Reichstag behauptete, daß die Lohn-erhöhungen in der schweren Industrie zurückzuführen seien auf eine intensivere Tätigkeit. Dafür einige tatsächliche Angaben.

Im Jahre 1911 produzierten im Bezirk der Handelskammer Duisburgs 39 351 Arbeiter der Grobbleisenindustrie 9 432 976 Tonnen, auf einen Arbeiter entfielen mithin 239 Tonnen, dagegen fertigten 1912 43 179 Arbeiter 10 715 148 Tonnen, im Durchschnitt treffen auf jeden 248 Tonnen. Die durchschnittliche Produktion war auf den Kopf der Belegschaft mithin im Handelskammerbezirk Duisburg im Jahre 1912 um 3,8 Prozent höher wie im Jahre 1911. Demgegenüber weiß der Durchschnittslohn eine Zunahme von 4,2 Prozent auf. Geht schon aus diesen Ziffern unzweideutig hervor, daß tatsächliche Afford-erhöhungen der eigentlichen Produktionsarbeiter nicht stattgefunden haben können, so wird dieses noch durch etwas anderes sehr wesentliches bewiesen. Und das sind die Steigerungen der Schichtlohne der handwerklichen Berufe auf den Werken der Schwerindustrie. Das sind die Schlosser, Schmiede, Dreher, Maurer, Schreiner, Anstreicher, Sattler usw., deren Zahl gar nicht unerheblich ist. Der Regierung- und Gewerbeamt für den Bezirk Düsseldorf meißt in seinem diesjährigen Bericht nach, daß in diesem

Bezirk neben 60 709 Produktionsarbeitern der Grobbleisenindustrie sich 11 499 Arbeiter in Reparaturwerkstätten befinden. Für die außerhalb der Grobbleisenindustrie tätigen Arbeiter dieser Berufe sind durch Abschluß von Tarifverträgen erhebliche Lohn-erhöhungen eingetreten. Will daher die Grobbleisenindustrie die notwendige Anzahl Handwerker haben — und ohne solche kann sie nicht sein — dann muß sie notens volens diesen Arbeitern Löhne zahlen, die den Tariflöhnen nahe kommen.

Es kann daher angenommen werden, daß für die Reparaturarbeiter (Handwerker) effektive Lohn-erhöhungen erfolgt sind. Die eigentlichen Produktionsarbeiter aber (und auf die kommt es bei dieser ganzen Kontroverse doch allein an) haben die Lohn-erhöhung im Jahre 1912 nicht Afford-zulagen zu verdanken, sondern ihren größeren Leistungen.

Daran ändert auch folgende demagogische Unterstellung der „Kölnischen Zeitung“ garnichts. Das Blatt schreibt in Nr. 622 auch:

„Wenn Herr Giesberts aber sagen will, daß der Schichtverdienst durch intensivere Arbeit innerhalb der Schichtzeit erhöht worden ist, dann macht er den Arbeitern den Vorwurf, daß sie im Jahre 1911 nicht in demselben Maße wie 1912 ihre Pflicht während der Schicht erfüllt haben.“

Daß die Kölnische Zeitung zu einer solchen Infinitation ihre Zuflucht nehmen muß, beweist ohne Kommentar jedem Kenner der Arbeitsverhältnisse und Arbeitsmethoden in der Grobbleisenindustrie die Güte der Scharfmacher-Beweise. Wenn diese Kreise glauben, den Kollegen Giesberts dadurch bei der Arbeiterschaft anschwärzen zu können, dann sind sie schwer auf dem Holzwege. Solche Kampfesweise erinnert lebhaft an den Blutapfelmencharakter der Gelben, die von außen gelb sind und von innen rot.

Die Leistungssteigerungen in der Grobbleisenindustrie sind zurückzuführen auf das Antreibesystem, welches eine fortlaufende Kette von Afford-reduzierungen im Gefolge hat. Gerade aus dem Duisburger Handelskammerbezirk könnten wir eine ganze Reihe Belege erbringen, die beweisen, daß die Lohn-erhöhung auf Leistungssteigerungen und nicht auf Afford-erhöhungen zurückzuführen ist.

Im Walzwerk der Krupp'schen Friedrich Alfredhütte in Rheinhausen wurde an den großen Fertigstrahlen bisher 50 Pfg. für die Tonne gezahlt. Da erschien (es war nicht der erste in den letzten Jahren) folgender Anschlag:

Bekanntmachung!

Bei den großen Fertigstrahlen werden mit Gültigkeit ab 1. November 1912 bei bisherigen Grundlöhnen folgende Staffellöhne eingeführt, und zwar pro Tonne, „fertiger, guter“ Produktion innerhalb einer Lohnperiode:

Bis 11 000 Tonnen	50 Pfg.
von 11 001 bis 12 000 Tonnen	46 "
" 12 001 " 13 000 "	43 "
" 13 001 " 14 000 "	40 "
" 14 001 " 15 000 "	38 "
" 15 001 " 17 000 "	36 "
Über 17 000 Tonnen	35 "

Die Berechnung der ersten 11 000 Tonnen erfolgt stets mit 50 Pfg., während die überstehenden Tonnen mit der entsprechenden Staffellöhne berechnet werden.

Der bisherige Afford-satz tritt mit 1. November außer Kraft.

Unterschriften.
Der hierdurch herbeigerufene Minderverdienst war ganz beträchtlich und betrug nach uns gewordenen Mitteilungen in einer 14tägigen Lohnperiode für:

Jüngere Rollgangsführer 11,76 Mk., ältere Rollgangsführer 6,67 Mk., Hülsenwalzer 12,90 Mk., Borwalzer 16,06 Mk., Fertigwalzer 17,64 Mk., Walzmeister 22,68 Mk.

Nach solchen Abzügen setzt seitens der Beamten eine förmliche Heße ein, um die Produktion zu steigern, was auch in den meisten Fällen gelingt. Die Produktion wird in der Regel dermaßen in die Höhe getrieben, daß nach dem Abzug mitunter ein größerer Verdienst herauskommt als vorher. Wer diese gewöhnlich unmensliche Schuferei nicht zu leisten im Stande ist, kann gehen.

Die Erfolge dieser Heßjagd bei der Arbeit zeigen sich in den unheimlichen Unfallziffern und dem riesenhaften Arbeiterwechsel der Grobbleisenindustrie. Die in Rede stehende „Friedrich Alfredhütte“ verzeichnete im Jahre 1911 bei einer Belegschaft von 5696 Köpfen einen Zugang von 6961 und einen Abgang von 6578. Die Zahl der Abgehenden war also größer wie die ganze Belegschaft und ist im wesentlichen auf die lange Arbeitszeit und Afford-reduzierungen zurückzuführen.

Die aufgezeigten Tatsachen erhellen, daß die Lohn-erhöhungen in der schweren Industrie nicht auf gutwillige Afford-erhöhungen zurückzuführen sind, sondern auf Leistungssteigerungen.

Wo wirklich Afford-erhöhungen erfolgten, sind diese auf das Drängen der organisierten Arbeiter zurückzuführen. Und ist kein Fall bekannt, daß unorganisierte Arbeiter Forderungen

runge eingereicht und bewilligt erhielten, wie uns auch kein einziger Fall bekannt ist, in dem Werke aus sich heraus - d. h. ohne daß Forderungen gestellt waren - Akkorde bzw. Lohnerhöhungen vorgenommen hätten.

Die „Rheinische Zeitung“ könnte uns ja am besten dadurch widerlegen, wenn sie einmal einige Fälle veröffentlichte, in denen die Werke aus sich heraus die Lohn- oder Akkordhöhe erhöht haben. Bei ihren bekannten „guten Beziehungen“ dürfte ihr das nicht schwer fallen.

Wir können dieses wichtige Kapitel nicht schließen, ohne einer Stimme Raum zu geben, die in geradezu unüberwindlicher Weise das Gerücht widerlegt, „von der unerschütterlichen sozialpolitischen Befassung der Industrie“, welches gerade die Schachmattkreise der Montanindustrie ständig im Munde führen. Die „Nationalzeitung“ ein Blatt von der gleichen politischen Couleur wie die Rheinische Zeitung, schreibt in Nr. 120/1913:

„Die Phönix-Welt-Ges. hat im laufenden Jahre bisher pro Monat 800 000 bis 900 000 Mark mehr verdient als gleichzeitig im Vorjahre; wenn sie nun selbst im nächsten Jahre monatlich den gleichen Betrag weniger verdienen sollte, als im laufenden, so würde ihr das immer noch erträglicher, die Dividende vom Jahre 1911/12 von 18 Prozent, das heißt, die höchste seit Bestehen der Gesellschaft, auszuschütten, ohne daß sie an Abschreibungen oder Rückstellungen sparen müßte. Die großen Güterwerte haben im Laufe der letzten guten Jahre so gewaltige Rücklagen geschaffen, so außerordentlich an ihrer finanziellen Konsolidierung und gleichzeitig an ihrer technischen Verbesserung gearbeitet, daß selbst in Jahren schlechtester Konjunktur an eine Dividendenlosigkeit oder an wirklich niedrige Dividenden nicht zu denken ist. In der schweren Krise des Jahres 1901/02 konnte selbst ein Werk wie der Phönix, der allerdings damals noch nicht entfernt das gewaltige Werk wie heute war, einmal keine Dividende ausschütten; in der Krise vom Jahre 1907/08 war die Gesellschaft bereits wesentlich widerstandsfähiger geworden, und jetzt ist abermals eine so erhebliche innere Kräftigung eingetreten, daß ein Konjunkturschwung selbst schwerer Art die Dividende nicht allzu erheblich schmälern dürfte. Was aber vom Phönix gilt, trifft auch auf eine ganze Reihe anderer erstklassiger Werke zu.“

Also die deutsche Großindustrie befindet sich in geradezu glänzenden Verhältnissen. Trotzdem müssen die Arbeiter in den feuerpeinenden Zwingburgen tagtäglich 12 Stunden arbeiten, die eine Woche am Tage, die andere Woche in der Nacht. Dazu kommt eine unheimliche Ueber- und Sonntagsarbeit und für jeden Hochofenarbeiter alle 14 Tage eine 24stündige Sonntagswechsellicht. Das sind Zustände, die dringend einer Aenderung bedürfen. Länger kann die Regierung nicht mehr tatenlos zusehen.

Christlich-nationale Arbeiterchaft und das Regierungsjubiläum des Deutschen Kaisers

Der Deutsche Kaiser hat bekanntlich schon vor längerer Zeit den Wunsch ausgesprochen, daß persönliche Geschenke gelegentlich seines Regierungsjubiläums ihm nicht gemacht, dafür vielmehr je eine Sammlung unter den Angehörigen der beiden großen Religionsgesellschaften, für die evangelischen und katholischen Missionen durchgeführt werden sollte. Den deutschen Städten und Gemeinden wurde nahegelegt, daß etwaige vorgesehene Aufwendungen bei dem bezeichneten Anlaß sozialen Fürsorgezwecken zugewendet werden sollen. Das ist denn auch geschehen. Die Jubiläumsfestlichkeiten, die in den Tagen vom 14. bis 16. Juni sich abwickelten, bestanden daher in der Hauptsache darin, daß seitens der verschiedensten Gruppen des Deutschen Kaiser unzählige Glückwünsche und Adressen überbracht wurden. Auch die christlich-nationale Arbeiterchaft war unter den Deputationen vertreten, die im Berliner Kaiserpalast die Glückwünsche überbrachten und die Adressen überreichten. Neben dem Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine und dem Kartellverband der katholischen Arbeitervereine ließ auch der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften eine künstlerische Adresse herstellen. Die Uebersendung der drei Adressen erfolgte durch eine Deputation, die sich aus den beiden Vorsitzenden des Deutschen Arbeiterkongresses, Herzog und Stegerwald, und den Herren Pastor Dr. Weber (M. Glabbach), Barrn (Frankfurt), Dr. Pieper und Wiesberis (M. Glabbach) zusammensetzte.

Die Adresse des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften macht äußerlich einen einfachen aber gegliederten Eindruck. Die Mappe ist mit einem schweinslebenden Bezug versehen, der auf der vorderen Seite durch eine zirka 15 Zentimeter (Durchmesser) große Nirdleber-einlage unterbrochen ist. Auf dieser ist in hochgelegter Beschriftung ein Lorbeerfranz mit der Zahl 25 angebracht. Ueber der tiefliegenden Einlage ist eine silberne Kaiserkrone aufgelegt. Im Innern der Mappe ist auf der linken Seite eine allegorische Darstellung und auf der rechten Seite der Schriftsatz der Adresse angebracht. Beide Seiten sind in flatter Aquavellmanier mit leuchtenden Farben ausgeführt. Die Abbildung auf der linken Seite zeigt im Hauptfeld einen herkulisch gebauten Arbeiter, der in der rechten Hand einen schweren, mit den Farben des Reichsadlers geschmückten Hammer hält und mit der linken Hand einen Silberfranz darreicht. Das Fundament, auf dem er steht, bilden eine Menge Köpfe, die durch einen starken eisernen Ring zu einem festen Block zusammengehalten werden. Eine Inschrift auf dem Ring lautet: Einig, Christlich, National. Das Ganze ist von einem willkürlichen Meer umgeben, dessen Wogen an dem Pfahlblock zerbrechen. Wie der Pfahlblock den Zusammenfluß der einzelnen Berufsverbände im Gesamtverband zum Ausdruck bringt, so verkörpert die markige Arbeiterfigur die deutsche Arbeit, die auf christlich-nationalen Boden ruht. Neben dem Arbeiter sind auch die Köpfe einer umfassenden

Welt sie rings umgeben und die brechenden Wellen drohend zu ihr emporzischen, sie hat einen festen Halt gegen die Anstürme von allen Seiten in dem unerschütterlichen Fundament der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Hoch aufgerichtet, den Blick in die Ferne gewandt, steht sie da, eine mächtige Erscheinung, die ihrem obersten Landesherren zum Jubelfeste den Silberfranz darbietet. Die ganze Darstellung ist von der aufgehenden Sonne beleuchtet, die ein eigenartig reizvolles Farbenspiel hervorruft. Unter dem Hauptfeld ist auf dunklem Grund in Silber die Ziffer 25 angebracht. Um sie herum befinden sich zwei mit Früchten und vollen Wehren reich beladene Füllhörner. Darunter als Flachornament behandelt, der Reichsadler mit der Aufschrift: „K. R. W. II.“ Diese Zusammenstellung will hinweisen auf den 25jährigen Frieden und die unentwegte Entwicklung unseres Vaterlandes während der Regierung des jetzigen Kaisers, Wilhelm II. Die rechte Seite zeigt auf edler im Halbton gehaltenen Blätterumrahmung, in origineller Art dargestellt, die Embleme der einzelnen Berufsverbände. Den Kopf des Raubes ziert eine farbenprächtige Wiedergabe des Schlosses Hohenzollern. Auf leichtgespritztem Untergrunde ist in moderner Steilschrift der Text der Adresse eingezichnet. Derselbe lautet:

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser! Allerquädigster Kaiser, König und Herr!

Eu. Kaiserlichen Königl. Majestät nahen sich die Vertreter von 360 000 in den christlich-nationalen Gewerkschaften organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen mit den aufrichtigsten Glückwünschen zu Allerhöchst Ihrem Jubelfeste.

Das Vierteljahrhundert Allerhöchst Ihrer Regierung bedeutet für das deutsche Wirtschaftsleben einen Zeitabschnitt unglaublich glänzender Entwicklung. Unter Eu. Majestät Friedenszepter feierte die deutsche Arbeit gewaltige Triumphe auf dem Kampfplatze des Weltmarktes. Getragen von dem steigenden Wohlstand im Vaterlande entfaltet sich Erfindungsgeist und Kunstsinne, um in zähem, erfolgreichen Ringen den heimischen Erzeugnissen einen bedeutenden Absatz in den Ländern und auf den Meeren des Erdballs zu sichern. Neben diesen großen Errungenschaften einhergehend ist unter Eu. Majestät Regierung auch der Lage der wirtschaftlich Schwächeren fleißige Sorgfalt zugewandt worden. Ganz besonders schätzen es die christlich-national gesinnten Arbeiter, daß ihnen die Geschiebung behilflich ist, wenn durch Krankheit, Invalidität und Alter die Kraft zu eigenem vollem Schaffen verlagert. Die in den christlich-nationalen Gewerkschaften vereinigten Arbeiter und Arbeiterinnen halten unerbittlich an der Ueberszeugung fest, daß in entscheidenden Fragen alle Glieder des deutschen Volkes, ohne Unterschied ihrer sozialen Stellung, geschlossen zusammenstehen müssen. Sie werden wie seither so auch in der Zukunft zu ihrem Teil daran mitwirken, daß die Freude am deutschen Vaterlande und die Treue zu Kaiser und Reich auch in der deutschen Arbeiterchaft sich ständig mehrt.

So ersehen wir am heutigen Jubeltage auf Eu. Majestät und das gesamte Kaiserhaus Gottes reichsten Segen, auf daß noch viele, viele Jahre lang Eu. Majestät reger Geist und entscheidender Wille das deutsche Volk durch alle staatlichen und sozialen Fährnisse hindurch zu weiterer arbeitsfroher Wirksamkeit geleiten möge.

Eu. Kaiserlichen Königl. Majestät alleruntertänigster treugehorfamster Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Ein Nachspiel zur Metallarbeiter-ausperrung in Menden.

Die schon Handlungsweise des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes bei der letzten großen Metallarbeiterausperrung in Menden ist noch in der Erinnerung aller Kollegen. Insbesondere war es der 1. Bevollmächtigte der Verwaltungssstelle Hieslohn-Menden des sozialdemokratischen Verbandes, Genosse Hoffmeister, der in dem schmählichen Treiben gegen die christlichen Arbeiter den Ton angab und der in erster Linie dafür verantwortlich gemacht werden muß. Dieser Mann, der schon in zwei Verwaltungsstellen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes (Hemscheid und Essen) gegangen wurde, wollte sich in seinem neuen Wirkungskreise mit „Ruhm“ bedecken. An seinem Wohnsitz in Hieslohn, haben seine „Lehrmeister“ Hinz und Spiegel von der großen Metallarbeiterausperrung im Jahre 1903 her ein so gutes Andenken hinterlassen, daß dort für den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband keine Seite zu spinnen ist. Es warnte daher der strebsame Genosse Hoffmeister außerordentlich, daß in dem zu seinem Wirkungskreise gehörenden Menden die ihm so verhassten Christlichen sich seßhaft eingenistet hatten, und dort für ihn erst gar nichts zu holen war. All seine Pläne halfen ihm nichts, den bösen Christlichen in Menden war nicht beizukommen. Endlich glaubte er eine günstige Gelegenheit entdeckt zu haben. Raum waren im August 1912 die Differenzen bei Schmale u. Co. in Menden ansgebrochen, da ergriffen auch schon in der sozialdemokratischen „Kollstimm“-Läden ein von Haß und Rüt schmauender Artikel, in dem möglichst viel Holz zu einem Scheiterhaufen zusammengetragen wurde, auf dem nach der wohlmeinenden Absicht des sozialdemokratischen „Arbeiterblattes“ die gesamte christliche Arbeiterchaft von Menden verbrannt werden sollte. Der Artikel begann ausdrücklich: „Hieslohn, Aus dem Metallarbeiterbüro schreibt man uns“ und wurde außerdem später noch in der sozialdemokratischen „Metallarbeiterzeitung“ veröffentlicht. Unsere Kollegen können sich von dem arbeiterräterischen Inhalt deselben überzeugen, er ist in der Nr. 38 von 1912 unseres Verbandsorgans abgedruckt. Ver-

„Metallarbeiterbüros“ in Hieslohn, der eben genannte Hoffmeister sein. Dazu kommt noch, daß der Genosse Hoffmeister - wie durch Urteil des Schöffengerichts in Menden festgelegt ist - in einer Versammlung vor dem Streik erklärte, im Falle eines Streiks werde er seine Mitglieder anweisen, Streikarbeit zu leisten. Wegen all dieser Dinge hatte unser Bezirksleiter Dirsiefer Essen in einer am 15. September 1912 in Menden stattgefundenen Versammlung, in der über den damaligen Stand der Bewegung Bericht erstattet wurde, den Herrn Hoffmeister des Arbeiterverrats geziehen und von ihm als von dem Arbeiterverräter von Hieslohn gesprochen. Deshalb hatte Genosse Hoffmeister unseren Kollegen Dirsiefer vor den Kadi zitiert. In der ersten Verhandlung bestritt Genosse Hoffmeister die Verfasserschaft der oben angezogenen Artikel und beschloß das Gericht, die beiden Redakteure als Zeugen zu vernehmen. Da auch in Menden der Termin wegen der Androhung der Streikbrecherbuss durch Hoffmeister noch nicht erledigt war, wurde der erste Termin vertagt. Mehrere mittlerweile ange-setzte Termine wurden sonderbarerweise im letzten Augenblick wieder inhibiert, jedenfalls um gewisse dem Herrn Hoffmeister unangenehme Dinge verfahren zu lassen. Kollege Dirsiefer hatte nämlich wegen mehrerer massiven Beschuldigungen, die in zwei von Hoffmeister herausgegebenen Flugblättern enthalten waren, Widerklage erhoben. Andernfalls wäre es natürlich dem Kollegen Dirsiefer nie eingefallen, zum Kadi zu laufen, einesteils, weil er die berühmten sozialdemokratischen Anstellungsverträge kennt, dann aber auch, weil man wirklich von Jedem nicht beleidigt werden kann.

Am Freitag, den 6. Juni, fand endlich Termin in dieser Klageange vor dem Schöffengericht in Essen an und der nahm einen Ausgang, wie ihn sich Hoffmeister wohl nicht hatte träumen lassen. Daß die beiden Redakteure nicht mehr wußten, wer den Artikel geschrieben hatte, ist wohl selbstverständlich. Das Beziehungsnetz war ja schon, daß ihn Hoffmeister nicht geschrieben haben wollte. Schon im ersten Termine hob der Gerichtsvorsitzende mit Recht hervor, für den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband wäre es doch gleich blamabel, ob nun Hoffmeister oder ein anderes Mitglied des Verbandes den betreffenden Artikel geschrieben habe. Jedenfalls werde er doch zugeben müssen, daß der Artikel in höchstem Maße geeignet sei, die christlichen Arbeiter Menden in ihrem Streben um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schädigen.

Im letzten Termin wurde dies noch einmal von dem Vorsitzenden des Gerichts besonders hervorgehoben. Die Verhandlung hatte das Ergebnis, daß der Kollege Dirsiefer freigesprochen wurde. Dagegen wurde der Privatkläger Hoffmeister wegen Beleidigung des Kollegen Dirsiefer in zwei Fällen zu 60 Mark Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Außerdem wurde Dirsiefer das Recht zuerkannt, den erkennenden Teil des Urteils auf Kosten des Genossen Hoffmeister in unserem Verbandsorgan und in der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung veröffentlichen zu lassen.

Unsere Kollegen werden sich erinnern, daß derselbe Hoffmeister mit einer Klage gegen unseren Kollegen Steinacker-Menden zurzeit ebenso abblühte. Kollege Steinacker wurde freigesprochen und der Kläger Hoffmeister zu 25 Mark Geldstrafe und in die gesamten Kosten verurteilt. Hoffmeister hatte auch drei Prozesse gegen unseren Verantwortlichen angestrengt, die er aber zurückgenommen hatte. (Siehe Verbandsorgan Nr. 11. S. 72.)

Der Ausgang dieser Prozesse zeigt unseren Kollegen zur Genüge, was von der Arbeiterinteressenvertretung der Genossen zu halten ist. Wenn wir noch dazu nehmen die Verurteilung des roten Metallarbeiterführers Mary-Düsselhoff zu 200 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung unseres Kollegen Zeyple, so haben wir ein gerichtlich festgelegtes Bild über das Verhalten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in der Menden Angelegenheit.

Wenn eine Organisation, wie in diesem Falle der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, dazu übergeht, anstatt die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder zu verbessern, ausschließlich die andersgeleiteten Arbeitskollegen mit wenig sauberen Mitteln zu bekämpfen, so ist dies im Interesse der Arbeiterchaft zu bedauern und entschieden zu verurteilen. Die besonnenen Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes sollten, gestützt auf die Urteile, nach dem Rechten gehen, sonst wird von den gezeichneten „Führern“ das Arbeiterinteresse noch mehr mit Füßen getreten und den Unternehmern in die Hände gearbeitet. Ein Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes scheint den Genossen Hoffmeister schon erkannt zu haben. Er heißt A. Wiedemann, ist aus Hamburg und schreibt dem Genossen Hoffmeister in der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung (Nr. 24) gelegentlich einer Ausperrung über die Generalversammlung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes folgendes ins Stammbuch:

„Der Kollege Hoffmeister antwortet in Nr. 23 noch einmal. Weil er sachlich nichts auf meine Ausführungen zu sagen weiß, fügt er an zu schimpfen. Würde ich in demselben Tone antworten, so müßte ich sagen, daß nicht jedem Menschen ein „Lafaienst“ eigen ist.“

Diese Charakterisierung des Genossen Hoffmeister durch einen anderen Genossen im Blatt des sozialdemokratischen Verbandes ist jedenfalls nicht übel.

Unsere Kollegen können aus dem ganzen erkennen, weshalb Geistes Kind die Leute sind, die mit den verwerflichsten Mitteln unseren kämpfenden und ausdauernden Kollegen in Menden in den Rücken gefallen sind. Um diesen Leuten ihr unehrliches Handwerk zu legen, müssen die Kollegen an allen Orten unermüdet am weiteren Ausbau unseres Verbandes arbeiten. Dann werden die hin und her pendelnden Genossen recht bald ihre unrühmliche Rolle ausgespielt haben.

Ein Totschlag als Folge des roten Terrors.

Der Eisendreher Paul Rumschaf ist vom Schmutzgericht in Wien zum Tode verurteilt worden, weil er den sozialdemokratischen Abgeordneten Schuhmeier erschossen hat. Wir wollen die Tat ganz gewiß nicht gut heißen oder beschönigen; nein, jede Schuld soll und muß entsprechende Sühne finden. Aber der Wiener Totschlag ist kein Mord schlechthin, sondern die Wahnsinnst- tat eines Verzweifelten, der durch den sozialdemokratischen Terrorismus bis aufs Blut gepeinigt und dadurch gewissermaßen um seinen gesunden Verstand gebracht worden ist. Jetzt nach der Verurteilung des bedauernswerten Opfers der roten Gewalt Herrschaft, schwindelt die sozial-

es gründlich abgetan worden, als sei Kunschak durch den roten Terror zu seiner unseligen Tat getrieben worden. Diese dreiste Behauptung der Genossenschaft ist eine offenkundige Fälschung der Tatsachen. Zur Orientierung für unsere Kollegen, und um einer Geschichtsfälschung vorzubeugen, lassen wir hier auf Grund stenographischer Aufnahmen der Zeugenaussagen die wichtigsten Ergebnisse der Verhandlungen folgen.

Paul Kunschak konstituierte zunächst, daß er am 21. Juni 1906 bei den Schuderwerken in Wien in Arbeit trat. Sofort wurde er von den Vertrauensmännern in schroffer Weise zum Beltritt zur roten Organisation aufgefordert, und ihm bedeutet, daß er den Betrieb verlassen müsse, wenn er nicht beitrete. Nach einhalb oder zwei Stunden war Kunschak entlassen! Nun erstattete Kunschak gegen die beladenen Vertrauensleute eine Erpressungsanzeige, der zufolge die beladenen Vertrauensleute auch zu einer Kerkerhaft verurteilt wurden. Mittlerweile war Kunschak bei der Firma Graf u. Stift eingetreten. Nach der Verhandlung am 20. November, bei der die beiden Vertrauensleute verurteilt wurden, hielten die Genossen eine Betriebsversammlung ab. Am anderen Tage sagte einer der Teilnehmer zu Kunschak: „Die Leute haben beschloffen, mit Dir nicht zu arbeiten. Du mußt fort. Geh' lieber selber; es ist schöner, als wenn Du so hinaus mußt.“ Kunschak tat das nicht, denn er wußte, daß nur einige Mann dem roten Metallarbeiterverband angehörten. Über der Chef entließ Paul Kunschak doch (am 23. November 1906), und als dieser fragte, wer seine Entlassung verlangt habe, verweigerte derselbe die Antwort und sagte nur: „Ich weiß, es sind nur sechszehn beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverband, aber wenn die nicht die Arbeit stehen lassen, bedenken Sie, was das heißt bei dieser Arbeit für mich bedeutet! Da entlasse ich doch lieber einen Arbeiter, bevor ich sechszehn verliere und mir die Fenster einschlagen lasse.“ Der als Zeuge vernommene Direktor der Firma Karl Graf bestätigte, daß die Vertrauensleute die Entlassung Kunschaks verlangt haben, weil er der Gegenpartei ausgehöre, und daß sie mit der Arbeitseinstellung gedroht haben.

Am 18. August 1907 trat Paul Kunschak in der Maschinenfabrik „Wulkan“ ein. Er begann um 7 Uhr früh zu arbeiten. Nach einer Stunde legten die anderen Arbeiter die Arbeit nieder und erklärten, mit ihm nicht zu arbeiten. Die Vertrauensleute gingen zum Werkstättenchef und daraufhin wurde Kunschak entlassen. Diese Aussage des Ingenieurs der Firma Franz Weblisch ergänzt der Betriebsleiter Johann Geyer damit, daß kein näherer Grund angegeben wurde, nur weil er christlich-sozial ist.

Am 14. August 1907 trat Paul Kunschak in der Maschinenfabrik Wema u. Komp. ein. Der damalige Hauptvertrauensmann Johann Weined sagte aus, daß in dem Momente, wo Kunschak in die Werkstatt getreten ist, die Arbeiter die Arbeit stehen gelassen haben. Er sei zum Werkmeister gegangen und habe ihm gesagt, sie arbeiten nicht, weil der Kunschak eingetreten ist. Auf die Frage des Präsidenten, wie lange Kunschak in Arbeit war, antwortete der Zeuge: „Gar nicht. Das Ganze hat sich vielleicht in zwei Stunden abgespielt.“ Derselbe Zeuge sagte auch dann noch, daß er schon in anderen Betrieben mit Paul Kunschak gearbeitet habe, daß er persönlich mit demselben, der ein ruhiger Mensch war, gut gekam; jedoch waren die Arbeiter dort meist indifferente. Der frühere Werkmeister dieser Firma Josef Schmeltz, erklärte auf die Frage nach dem Grund, warum die Arbeiter nicht mit Paul Kunschak arbeiten wollten: „Um den Grund habe ich nicht gefragt. Der Name Kunschak ist es mir begreiflich erschienen, ich dachte, daß er eben christlich-sozial ist und aus diesem Grunde nicht geduldet wurde.“

Der Verteidiger fragte den Zeugen dann: „Ist es vielleicht so richtig: Wenn er Baptisten geheißten hätte, hätte es keine Schwierigkeiten gegeben; aber weil sein Bruder ein bekannter christlich-sozialer Gegner ist, hat man ihn nicht wollen? Ist das nicht auch Vermutung bei Ihnen gewesen? — Zeuge: Ja. Nachdem diese Forderung gestellt war, habe ich vermutet, daß, weil er Kunschak heißt, die Abneigung austrat.“

Am 20. Januar 1911 trat dann Paul Kunschak bei der Kraftfahrzeuggesellschaft ein, und am 22. Januar fand schon eine Demonstration statt. Der Betriebsleiter Klein sagte über den Angeklagten und den Vorfall folgendes aus: „Ich habe einen Dreher gebraucht und habe in die Arbeitsvermittlung in die Kaiserstraße telephoniert. Da wurde mir Paul Kunschak geschickt. Er war sehr tüchtig in seiner Arbeit, ich hatte mit ihm keinen Anstand und bin sehr zufrieden gewesen. ... Eines Tages war eine Demonstration. Etwa 30 bis 40 Leute haben sich vor der Fabrik versammelt, doch waren es nicht Arbeiter unserer Fabrik, sondern fremde Arbeiter, wahrscheinlich von der Firma Ambruster. Ich habe erfahren, daß die Demonstration dem Paul Kunschak gilt. Ich habe ihn auch verständigt und zu ihm gesagt, er soll bleiben, bis sich die Demonstranten zerstreut haben. Paul Kunschak war sehr aufgeregt und sagte zu mir: „Sehen Sie, so ergeht es mir überall!“ Er ist dann gegangen, während die Demonstranten die Fabrik umstanden, er wurde draußen jedoch nicht belästigt. Wahrscheinlich haben sie ihn nicht erkannt. — Der Vorsitzende bringt später auch ein Protokoll zur Berlesung, in dem die Aussage der Vertrauensleute über die Demonstration steht. Diesen sagten die sozialdemokratischen Demonstranten, daß ihr Auszug dem in dieser Fabrik angestammten Paul Kunschak gilt, dessen Bruder ein christlich-sozialer Parteiführer ist.“

Paul Kunschak erklärte auch, daß die Firma auch vom Metallarbeiterverband telephonisch angerufen wurde. Daraus gab der Zeuge folgende Antwort: „Ich wurde angerufen und man verlangte, ich soll Paul Kunschak entlassen; ob der Anruf wirklich vom Metallarbeiterverband erfolgte, kann ich nicht sagen. Das kann man ja beim Telephon nicht wissen.“ — Präsident: „Wer hat sich gemeldet?“ — Zeuge: „Ein Name wurde nicht angegeben. Es wurde nur gefragt, ob Paul Kunschak bei uns in Stellung ist.“ — „Ja, er ist bei mir. Warum fragen Sie?“ — „Weil dieser Mann in keine Fabrik hineinkommt.“ — Präsident: „Was vorausgegangen ist, das wissen Sie nicht?“ — Zeuge: „Nein! — Angeklagter: Bitte, Herr Klein, Sie haben mir gesagt, Sie sind angerufen worden, und es hat sich jemand gemeldet: „Hier Oesterreichischer Metallarbeiterverband.“ Ich kann den Ruf hier nicht wiederholen, den Sie als Antwort gegeben haben.“ — Präsident: „Warum nicht?“ — Angeklagter: „Weil es sich nicht schickt.“ — Präsident: „Sagen Sie es nur!“ — Angeklagter: „Herr Klein hat hineingerufen: „Das geht Sie einen Dreck an!“ Sie haben mir dann weiter gesagt, Sie haben sich Zeugen genommen und den Metallarbeiterverband angerufen und nochmals gefragt.“ — Präsident: „Was ist Ihnen geantwortet worden?“ — Zeuge: „Es sei eine Mystifikation gewesen.“

Am 25. November 1911 trat Paul Kunschak in der Metallwarenfabrik Hübler u. Mayer ein. Als er um 7 Uhr

früh eintrat, fragte ihn ein Arbeiter um seinen Namen; als er seinen Namen nannte, sei er allein bei seiner Drehbank gestanden und die übrigen Arbeiter haben den Arbeitsraum verlassen. Der Werkmeister Johann Gauer sagte aus, einige Zeit später sind alle Arbeiter von den Drehbänken weggegangen und Kunschak ist allein geblieben. Ich glaube, es sei ein Unfall geschehen. Ich habe mich um den Grund erkundigt, aber kein Arbeiter gab mir Antwort. Da hörte ich den Ruf: „Kunschak!“ Jetzt ist es mir begreiflich geworden, ich dachte gleich, daß dies der Bruder des christlich-sozialen Abgeordneten sein könnte und fragte Kunschak, ob er organisiert ist; er sagte: „Nein!“ Ich sagte ihm nun, er müsse sich um einen andern Posten umschauen.

Was unter der Bezeichnung „organisiert“ zu verstehen ist, ging auch deutlich aus der Aussage des Vertrauensmannes Thalhammer hervor. Auf die Frage des Präsidenten, ob in der Fabrik lauter Sozialdemokraten sind, antwortete der Zeuge: Ja, bei uns sind lauter organisierte Leute.

Aus diesen eidlichen Zeugenaussagen geht unzweideutig hervor, daß P. Kunschak von den Sozialdemokraten gehetzt worden ist, wie ein Stück Wild. Daß unter diesen Umständen die Verstandeskkräfte eines Menschen leiden, wer will es bestreiten? Für seine unselige Tat wird ihm angesichts dieser Sachlage jeder rechtlich empfindende Mensch die mildernden Umstände nicht verkennen. Nicht tierischer Trieb und Mordlust haben Kunschak die Waffe in die Hand gedrückt, sondern der rote Terrorismus, wodurch er wirtschaftlich ermordet werden sollte. Alle diese Feststellungen, die vor Gericht gemacht wurden, zeigen deutlich, daß von sozialdemokratischer Seite ein geradezu unerhörter Terrorismus gegen Paul Kunschak inszeniert war. Darum bursten ihm die mildernden Umstände nicht verjagt werden. Daher halten wir das Todesurteil für einen Fehlspruch. Es ist notwendig, dies festzustellen, weil die rote Presse die Kühnheit hatte, zu schreiben, daß der Prozeß gezeigt habe, daß Paul Kunschak gar nicht terrorisiert worden sei.

Die Tat Paul Kunschaks bleibt verwerflich. Der Prozeß aber hat in durchaus einwandfreier Weise dargelegt, daß die Sozialdemokraten mit dem brutalsten Terrorismus gegen alle andersdenkenden Arbeiter losgehen. Die „Röhmische Zeitung“ (21. Mai 1913) hat den Kern dieser Tragödie richtig getroffen, als sie schrieb: „Ohne den sozialdemokratischen Terrorismus wäre Paul Kunschak nicht zum Verbrecher geworden.“

Solche traurigen Vorgänge müssen ein Ansporn sein für die christlich gesinnte Arbeiterschaft aller Länder, sich starke christliche Organisationen zu schaffen, welche die Arbeiter schützen vor dem unerhört brutalen Terrorismus der Sozialdemokraten.

Alle

Vertrauensleute

sollen spätestens am 2. des laufenden Monats mit dem Ortskassierer für den vorhergehenden Monat abgerechnet haben. Wo das noch nicht geschieht, haben die **Bezirksleiter** mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken.

Von der polnischen Berufsvereinigung.

Nur, nach dem durch die famose Streikführung der polnischen Berufsvereinigung zusammengebrochenen ober-schlesischen Bergarbeiterstreik fand die Generalversammlung dieser Organisation statt. Sie tagte vom 1. bis 5. Juni unter Vorsitz des Definitiven in Berlin. Außer der polnischen Presse, die aber nur fragwürdige Berichte bringen durfte, wurde niemand zugelassen. Nicht mit Unrecht meinte ein polnischer Kollege zu mir: „Die Öffentlichkeit darf nicht erfahren, wie sich die Landesleute untereinander verhalten.“ Wir kommen deswegen auf den Verbandstag der Polen zurück, weil dieser höchstwahrscheinlich eine Richtungsänderung der P. B. V. im Gefolge haben wird und der bisherige Verbandsvorsitzende, der Reichstagsabgeordnete Soiniski, abgesetzt wurde.

Der Generalversammlung der P. B. V. (wie die polnische Berufsvereinigung der Kürze halber genannt wird) waren die Tagungen der Berufsverbände vorausgegangen. Die Berufsleute waren am 18. Mai in Butthen zusammen und die Hüttenarbeiter in Bohum.

Auch diese Generalversammlungen fanden hinter verschlossenen Türen statt. Jede fremde Person wurde hinausgeschickt. Davon hat sich Niemand vom sozialdemokratischen Bergarbeiterverbände persönlich überzeugen können. Schon auf diesen Versammlungen ging es hoch her. Es wurde beschloffen, daß kein Beamter ein Mandat als Abgeordneter zum Reichstag oder Landtag annehmen dürfe, weil die Verbandsarbeit darunter litten. Ferner wurde darauf gedrungen, eine Trennung der Berufsverbände und ihrer Kassen von der des Gesamtverbandes durchzuführen. Doch diese Anträge fielen auf der Generalversammlung mit 48 gegen 43 Stimmen durch.

Zum näheren Verständnis des letzteren Antrages muß bemerkt werden, daß die polnische Berufsvereinigung drei Verbände hat, nämlich einen der Bergarbeiter, Hüttenarbeiter und einen für die gelehrten Berufe. Im letzteren ist alles vertreten vom Buchdrucker bis zum Schornsteinfeger. Diese Verbände haben nicht etwa eine selbständig verwaltete Kasse, wie das bei unseren Berufsverbänden der Fall ist, sondern sie müssen ihre Gelder in die Kasse, die der sogenannte Zentralvorstand verwaltet, abführen. Streikt irgend ein Beruf, so wird aus der einen Kasse geschöpft und so kommt es, daß die P. B. V. niemals Geld hat wenn man es braucht. Man sieht, die Berufsvereinigung ist ein gewerkschaftliches Unikum.

Den Angelpunkt der Generalversammlung der P. B. V. bildeten die Vorstandswahlen. Es war voraussehen, daß es auf dieser Tagung, die so kurz nach dem verbotenen Streik stattfand, zu stürmischen Auseinandersetzungen kommen würde.

Der rasende See erhielt sein Opfer in der Person des bisherigen Verbandsvorsitzenden, des Reichstagsabgeordneten Soiniski. Er wurde gegen eine kleine Majorität nicht wieder gewählt. Soiniski erhielt 54 Stimmen während sein Gegenkandidat Abmer — der bisherige Vertreter der Polen am Reichsversicherungsamt — 68 Stimmen erhielt.

Der unglücklich verlaufene Streik ist aber nicht die alleinige Ursache des Sturzes; Soiniski hat persönliche Gegner, die schon lange gegen ihn arbeiteten. Von allen polnischen Führern war Soiniski immer noch am ehesten für Vernunftsgründe zugänglich.

Welche Richtung die Polen unter der neuen Leitung einschlagen, muß abgewartet werden. Auf der Tagung hat zweifellos der Nihilismus geseht. Die Hauptvorwürfe gegen Soiniski bestanden darin, daß er ein Kartellverhältnis mit den christlichen Gewerkschaften anstrebte und angeblich vor Beginn des Streiks mit dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter verhandelt habe. Dagegen hätte er den Genossen Biffler, vom sozialdemokratischen Bergarbeiterverband, — der entgegen dem Konferenzbeschlusse die roten Verbände die Kündigung nicht einreichen ließ — nobler behandeln und bei den Weiterverhandlungen nicht herausweisen sollen. Daraus geht unzweideutig hervor, daß die Polen großen Wert auf ein recht freundschaftliches Verhältnis zu den Sozialdemokraten legen und den Kampf im verstärkten Maße gegen unsere Bewegung führen wollten. Hier bewahrheitet sich das Sprichwort: „Wer Gott krassen will, den schlägt er mit Blindheit.“ Zielbewußt war die Arbeit der polnischen Vereinigung ja noch nie, sondern sie wurde blickt von Stimmungen und glück einer aus dem offenen Meere schaukelnden Ruckshale. Wird aber der von der Generalversammlung eingeschlagene Kurs richtungsgewandt für die neue Verbandsleitung, so werden wir bald eine polnisch-sozialistische Verbrüderung erleben.

Zum Schluß noch die Kaserverhältnisse, soweit sie aus der polnischen Presse herauszuschälen waren, wiedergegeben werden.

Im Jahre 1911 beliefen sich die Gesamteinnahmen auf 1 487 469 Mk. Diese setzten sich wie folgt zusammen: Gesamtverband 730 303 Mk., Bergarbeiter 613 155 Mk., gelehrte Berufe 127 676 Mk., Hüttenarbeiter 116 433 Mk. Die Ausgaben betragen 604 088 Mk. Davon entfallen auf den Gesamtverband 65 526 Mk., Bergarbeiter 354 378 Mk., gelehrte Berufe 94 592 Mk. und Hüttenarbeiter 89 590 Mk. Das Vermögen betrug 909 486 Mk.

Für das Jahr 1912 werden folgende Zahlen angegeben: Gesamteinnahme 1 803 088 Mark. Davon Gesamtverband 920 726 Mk., Bergarbeiter 340 183 Mk., gelehrte Berufe 189 371 Mk., Hüttenarbeiter 152 760 Mk. Gesamtausgaben 908 312 Mk., davon Gesamtverband 296 671 Mk., Bergarbeiter 358 694 Mk., gelehrten Berufe 146 817 Mk. und Hüttenarbeiter 106 131 Mk.

Unterstützungen wurden 1911 gezahlt: Bei Krankheit 145 568 Mk., Sterbegeld 29 912 Mk., bei Streiks 59 991 Mk., bei Arbeitslosigkeit 118 631 Mk., bei Umzug und Wanderschaft 6568 Mark.

1912 sind Unterstützungen gezahlt worden: Bei Krankheit 161 410 Mk., Sterbegeld 36 040 Mk., Streik 309 541 Mk., Arbeitslosigkeit 27 077 Mk., Wanderschaft und Umzug 10 853 Mk.

Doch diese Zahlen sind mit Vorsicht aufzunehmen. Zum Beweis möchten wir die Streikunterstützung vom Jahre 1912 herausgreifen. Nach dem Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet schrieben die Fachorgane der Berufsvereinigung, daß sie allein 400 000 Mark an Streikunterstützung und Kontraktbruchstrafen hatten zahlen müssen. Nach der Polenpresse geben sie auf der Generalversammlung die Gesamtstreikunterstützung aller drei Berufsverbände auf 309 541 Mark an. Da die P. B. V. deswegen die Türen die ganze Tagung hindurch verschlossen hielten und selbst ihre Presse den Maulkorb anlegten entzieht sich unserer Kenntnis. Für Soiniski wird diese Generalversammlung wenig angenehme Erinnerungen auslösen. Am allerwenigsten wird er geglaubt haben, daß der Bergarbeiterstreik ihn um sein Amt bringen würde. Im Gegenteil er wollte gerade durch diesen Streik allen anderen Organisationen beweisen, daß er dem Großkapital zeigen würde, was eine Harke ist. Gewarnt haben wir Soiniski oft genug, doch wer nicht hören will muß fühlen.

Die ober-schlesischen Arbeiter sollten aus diesen Vorkommnissen erkennen, daß mit einer Organisation, die auf Gefühlen und Stimmungen aufgebaut ist, keine praktische Standesarbeit geleistet werden kann. Nur eine starke christliche Gewerkschaft kann Remedur schaffen in den zerfahrenen Arbeitsverhältnissen. Unsere ober-schlesischen Kollegen aber müssen unentwegt und zähe weiter arbeiten am Ausbau unseres Verbandes denn wird es auch in Oberschlesien bald tagen. Davum Kollegen, auf an die Agitation.

Ein Oberschlesier.

Allgemeine Rundschau. Hirsch-Dundersche Ungerechtigkeiten.

Kürzlich kam das Hirsch-Dundersche Generalratsmitglied Schuhmacher auf die lächerliche Idee, in einer Wolemit gegen den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband zu behaupten; beim Hirsch-Dunderschen Gewerksverein entfielen auf die durchschnittliche Mitgliederzahl 52 Wochenbeiträge im Jahre. Dafür ist ihm natürlich eine Abfertigung zuteil geworden, auf die eingegangen er wohlweislich unterläßt. Denn es ist unklar, was Sch. behauptet. Diese unwahre Behauptung scheint man aber im Hirsch-Dunderschen Lager für die höchste Weisheit zu halten. Vielleicht deswegen, weil „einer vom Generalrat“ den Unfuhm zuerst verzapfte.)

Im „Regulator“ (Nr. 24) versucht nämlich ein N. nach Schuhmacherschem Rezept sich an der durchschnittlichen Beitragsleistung in unserem Verbande zu reißen. Im Verlauf seines Geschreibsel behauptet N., der Hirsch-Dundersche Metallarbeiterverein lege der Berechnung der durchschnittlichen Mitgliederzahl eine Beitragsleistung von 52 Wochen zugrunde. Diese Nachpappelei des N. ist eigentlich so bumm, um näher darauf einzugehen. Einige Beispiele mögen dieses beweisen.

Es ist jedem gewerkschaftlichen Neuling bekannt, daß der Mitgliederwechsel in den Arbeiterorganisationen analog dem Arbeiterwechsel in der Industrie sehr groß ist, auch bei den Hirschen. Täglich treten neue Mitglieder bei, täglich treten Mitglieder aus, alle aber müssen doch in der Mitgliederstatistik ersast werden. Wie mancher wird Mitglied, zahlt einen Wochenbeitrag und verschwindet; ausgeschlossen kann er aber aus statutarischen Gründen nicht eher werden, bis er acht Wochen im Rückstande ist (bei den S. D. vier Wochen). Wie, Herr N., fragen wir, können für diesen Mann 52 Wochenbeiträge herauskommen, und solche gibt es Sunday.

anderer Fall. Angenommen, im Monat Februar treten 500 Mitglieder aus, sie haben also 500 mal 4 Wochenbeiträge gezahlt, wie Herr M., macht man es bei ihnen; um bei diesen zu 500 mal 52 Wochenbeiträgen zu kommen? Ein dritter Fall, angenommen, am 17. Dezember treten 500 neue Mitglieder bei, sie zahlen also für das Jahr noch 500 mal 2 Beiträge, nach der Rechnung des Herrn M. gibt es im S. D. Gewerksverein aber nur Mitglieder mit 52 Beiträgen. Also, Herr M., ...!

Gibt aus diesen Darlegungen schon zur Genüge die Unsinzigkeit der M.'schen Behauptung klipp und klar hervor, so kommt über dies noch hinzu, daß man aus der sogenannten Hirsch-Dunderschen Abrechnung die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge gar nicht ermitteln kann. Diese Metallarbeiterorganisation, die sich so gerne die älteste nennt, hat es in ihrer mehr als vierzigjährigen Tätigkeit nicht einmal zu einer Abrechnung gebracht, aus der die Eintrittsgelder und Wochenbeiträge ersichtlich sind. Das ist fährlich kein Ruhmeszeichen. Und dann kommt so ein Mensch in echt pharisäischer Weise und behauptet, „wir Hirsch-Dunder rechnen mit 52 Beiträgen.“ Unsere Abrechnung ist klar und deutlich, dagegen ist die Hirsch-Dundersche nichts weiter, wie ein Rechnungsabsatz, mit dem herzlich wenig anzufangen ist. Solten wir daher mit den Hirsch-Dunderschen über die durchschnittliche Beitragsleistung weiter diskutieren, dann mögen sie zunächst folgende Fragen beantworten:

Wieviel Einnahmen hatte im Jahre 1912 der Gewerksverein der Maschinenbauern und Metallarbeiter S. D. aus folgenden Posten: 1. Eintrittsmarken a 50 und 25 Pf.; 2. Wochenbeiträge a 35, 45, 20 und 10 Pf. Erst nach Beantwortung dieser Fragen können wir uns über die durchschnittliche Beitragsleistung weiter unterhalten. Solange die Antwort nicht erfolgt, müssen wir das Gerücht von den durchschnittlich geleisteten 52 Wochenbeiträgen für eine Unwahrscheinlichkeit erklären. So, M., jetzt kommt!

Der M. phantasiert auch von fristeren Mitgliederzahlen, was aber nicht bei den Hirschen der Fall sei. Dazu ist zu bemerken, daß der christliche Metallarbeiterverband es nicht nötig hat, seine Mitgliederzahlen zu frisieren. Eine neugierige Frage sei dem Herrn M. aber doch gestellt. Wo uns liegt: „Die Quittung über eingegangene und zurückgeforderte Gelder vom 16. Januar bis 15. Februar 1913“ der Hirsch-Dunderschen Metallarbeiterorganisation. Darin sind angegeben 44391 Mitglieder, im Reichsarbeitsblatt stehen aber für Ende Januar 44605 und für Ende Februar 44698. Im Reichsarbeitsblatt stehen also 300 mehr wie in der offiziellen Quittung. Wer mag diese Frisur wohl besorgt haben Herr M.?

Zum Schluß müssen wir noch ein sehr kostbares Geschenk des Herrn M. festhalten. Er schreibt:

... beim Gewerksverein und in seinen Kasien (zahlen) tausende und abermals tausende mehr wie 90 Pfg. und mehr wie 1 Mark.“ (Regulator Nr. 24.)
Also hier gibt ein Hirsch-Dunderscher Agitator im „Regulator“ selber zu, daß die Hirsch-Dundersche „billige Jakobspagitation“ nichts anderes ist, wie Sand in die Augen der Massen. Im „Regulator“ wird, wie Figura zeigt, bargelegt, daß im Hirsch-Dunderschen Gewerksverein die Beiträge erheblich höher sind, wenn jemand Krankengeld beziehen will, als in unserem Verband. Das mögen sich unsere Kollegen gut merken und den Hirschen unter die Nase reiben, wenn sie wieder nach Marktschreiermanier mit ihren nicht vorhandenen billigen Beiträgen kloben wollen.

Der Verband Evangelischer Arbeiterinnen-Vereine Deutschlands

hielt am 6. und 7. Juni d. Jz. in Kassel seine 3. Vertreterversammlung ab. Seine Stellung zur Gewerkschaftsfrage faßt der Verband in folgender Resolution zusammen:

„Der Verband evangelischer Arbeiterinnen-Vereine Deutschlands hält die gewerkschaftliche Organisation seiner Mitglieder, die in der Industrie tätig sind, für bringend erforderlich. Er empfiehlt in erster Linie die christlichen Gewerkschaften. Den Mitgliedern anderer Gewerkschaften gibt er nur dann Raum, wenn diese Gewerkschaften sich nicht im Gegensatz zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung befinden.“

Arbeiterchutz in Metallbearbeitung.

In den Metallbearbeitungen entstehen bei verschiedenen Arbeiten gefährliche Gase, durch welche alljährlich eine ziemlich beträchtliche Zahl von Personen verunglückt. Sogar eine Reihe von Todesfällen sind in jedem Jahre zu verzeichnen. Die in Form rotbrauner Dämpfe entstehenden Gase greifen die Atemorgane und die Lunge stark an. Nach dem Einatmen selbst geringerer Mengen treten — zuweilen erst nach 12 Stunden — Übelkeit, Hals- und Brustschmerzen, heftige Atemnot, und unter Umständen der Tod ein. Diese nitrosen Gase, die vor allem beim Beizen und Brennen der Metallgegenstände entstehen, haben die Gegenstände aus Messing und Bronze durch Zinken in Salzetersäure gereinigt, gebeizt und geätzt werden, sind noch schwerer zu befechtigen, weil sie gewissermaßen ein unbemerkliches Nebenprodukt der Metallbearbeitung sind. Als bestes Schutzmittel gegen diese Gesundheitsschädigungen, wenn derartige Gase eingeatmet sind, hat sich bisher das Einatmen von Sauerstoff bewährt. Bei der großen Gefährdung aber, der die Arbeiter in Metallbearbeitungen durch die Gasentwicklung ausgesetzt sind, mußten die Arbeiterchutzbestrebungen darauf bedacht sein, eine Einwirkung der Gase auf die Arbeiter überhaupt zu verhindern, indem die verwendeten Beizgefäße mit wirksamen Abgasvorrichtungen versehen werden. In dieser Beziehung sind nun, so lesen wir in der Schlesischen Volkszeitung (3. Juni d. Jz.) inzwischen eine Reihe sehr wertvoller Versuche ermittelt, die geeignet sind, den nitrosen Gasen die gesundheitschädliche Wirkung zu nehmen. In der von der Reichsregierung in Charlottenburg eingerichteten und unterhaltenen ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlhaben werden gegenwärtig eine Reihe solcher Anlagen für Großbetriebe und kleinere Betriebe in betriebsmäßiger Form zur Verfügung gebracht, so daß die Wirkungsweise unmittelbar beobachtet werden kann. Die Ausstellung erregt mit Recht das Interesse weiterer Kreise, da die dort vorgeführten Apparate einen neuen wertvollen Fortschritt auf dem Gebiet des deutschen Arbeiterchutzes bedeuten.

Ein vermehrter Arbeitswilligenstand ist unnötig.

Die „Arbeitsgeberzeitung“ beschäftigt sich in ihrer Nr. 23 mit dem Ergebnis der amtlichen Statistik für das 1. Quartal 1913. Dieser Statistik schenken wir bisher wegen ihres einseitigen Zustandekommens und darum sehr zweifelhaften Wertes keine Beachtung. Das Blatt der Scharmacher schreibt unter anderem:

...! „Ausferrerungen wurden in dem ersten Quartal 1913 von den Arbeitgebern verhältnismäßig selten verhängt. In dem amtlichen Bericht werden 24 Ausferrerungen mit einer Höchstziffer von 3412 gleichzeitig Ausgesperrten in 207 Betrieben angegeben, gegenüber von 139 Ausferrerungen mit 19917 Arbeitern in 584 Betrieben im ersten Viertel des Jahres 1912. Von den 24 Ausferrerungen hatten 4 einen vollen und 4 keinen Erfolg, 16 verliefen für die Arbeitgeber wenigstens teilweise günstig. Im ersten Quartal 1912 hatten von 139 Ausferrerungen — wie wir bereits früher mitteilten, und hier der Uebersicht wegen wiederholen — aber die Hälfte, nämlich 71, einen vollen, 68 einen teilweisen und nur 3 keinen Erfolg.“

Eine sachliche Nachprüfung dieser Angaben ist wegen ihres oben angebeuteten zweifelhaften Wertes unnötig. Sind die kleinen und großen Scharmacher noch der Richtigkeit dieser Zahlen überzeugt, dann ist ihr Geschrei nach vermehrtem Arbeitswilligenstand einfach grober Unfug.

Lohnkampf und Boykott in den Emmericher Margarinefabriken.

Der Streik in den Emmericher Margarinefabriken zieht sich bereits in die siebente Woche hinein. Der Boykott hat auf der ganzen Linie eingeleitet und die Firmen beginnen die Wirkungen zu spüren, weshalb sie in Erklärungen und Berichtigungen ihr Heil suchen. Nach einer dieser Erklärungen, die sich die Firmen sogar notariell haben beglaubigen lassen, sollen die Arbeiter vor dem Streik einen Durchschnittslohn von 20,70 M. verdient haben. Weiß der Himmel, was man dem Herrn Kolar für eine Berechnung vorgelegt hat. Tatsache ist, daß der Durchschnittslohn der Arbeiter nur 17,50 Mark betrug. Nicht ein einziger der am 5. Mai in Streik getretenen Arbeiter hatte 20,70 M. Wie unhaltbar die Erklärung der Firmen ist, geht schon daraus hervor, daß die Arbeiter nur einen Mindestlohn von 21 M. fordern. Hieraus ist wohl zu ersehen, was von den Erklärungen zu halten ist.

An die Arbeiterkassiere ergeht die Bitte, den Boykott weiter zu unterstützen. Es handelt sich, wie ja schon bekannt ist, um die beiden Margarinefabriken Dr. Max Hoemer und van Rossum u. Co.

Sig „Berlin“.

Die Entwicklung der katholischen Fachabteilungen „Sig Berlin“ ist nach einem Auszug aus dem Jahresbericht des Berliner Verbandes (Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Nr. 11/1913) im letzten Jahre wieder eine rückläufige gewesen. Die Einnahmen der Fachabteilungen aus Mitgliederbeiträgen betrugen 139 187 Mark, gegen 164 346 Mark im Jahre vorher. Die Finanzgebarung des Verbandes der katholischen Arbeitervereine „Sig Berlin“ zeigt in allen Kasienarten eine Mindereinnahme gegenüber dem Vorjahr. Dieser Rückgang zeigt sich schon seit längeren Jahren. Nimmt man sämtliche Kasien — Verbandskasse, Verbandsbezirkskasse, Männererbkasse, Frauenerbkasse, Kasse der beruflichen Fachabteilungen und Jugendkasse — zusammen, dann ergeben sich tatsächliche Einnahmen für das Jahr 1909: 878 381 Mark; 1910: 867 012 Mark; 1911: 774 140 Mark; 1912: 746 732 Mark. In einem noch stärkeren Verhältnis sind die Gesamtausgaben gefallen.

Wenn man die beruflichen Fachabteilungen für sich allein herausgreift und die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften damit in Parallele stellt, dann wird das Bild für die Fachabteilungsrichtung besonders niederbrütend. In den letzten vier Jahren hatten die beiden genannten Organisationsrichtungen an Einnahmen und Ausgaben zu verzeichnen:

Jahr	Christliche Gewerkschaften		Katholische Fachabteilungen	
	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
1909	4 612 920 M.	3 843 504 M.	244 670 M.	260 070 M.
1910	5 490 994 „	4 916 270 „	226 829 „	227 026 „
1911	6 243 642 „	5 299 871 „	154 346 „	127 517 „
1912	6 500 000 „	5 200 000 „	139 187 „	98 109 „

Der Vermögensbestand der christlichen Gewerkschaften betrug Ende 1911 7 Millionen Mark und ist im vergangenen Jahr auf 8 1/2 Millionen Mark gestiegen. Der Vermögensbestand der Fachabteilungen betrug dagegen Ende vergangenen Jahres nur 177 000 Mark. Legt man der tatsächlichen Einnahme der Fachabteilungen an Mitgliedsbeiträgen einen Durchschnittswert von 20 Pfg. zugrunde — in G we sich ist: 13. ausgehen gewöhnlich ein sehr niedriger Beitrag —, so ergibt sich daraus, daß die Berliner Fachabteilungen keine 10 000 Mitglieder haben; gegen 350 000 Mitglieder der christlichen Gewerkschaften.

Sozialdemokratische Streifbrecher.

In der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspressen wird gegen die christlichen Gewerkschaften andauernd der Vorwurf des Streifbruchs und des Arbeiterverrats erhoben, eine Agitationsweise, die in der Öffentlichkeit absolut keinen Eindruck mehr hervorrufen kann. Wenn es der sozialdemokratischen Presse aber wirklich ernst ist, Streifbruch zu kritisieren, dann mag sie in ihren eigenen Reihen Umschau halten. Das sozialdemokratische Gewerkschaftsblatt „Der Maschinist und Heizer“, Nr. 23, 1913, schreibt in einem Rückblick auf die Vorkämpferbewegung des Schiffverjournals an der Unterweser dem sozialdemokratischen Transportarbeiterverband folgendes im Stammbuch:

„Zu beauern ist, daß eine Anzahl Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes, nach deren Angabe mit Erlaubnis der Organisationsleitung, als Oberbeizer und Maschinenassistenten die Stellen der Ausgesperrten besetzten und damit den Kampf ebenfalls bedeutend erschwerten, während sie sonst noch in Frage kommenden freien Gewerkschaften strengste Solidarität übten.“

Hier wirkt also eine sozialdemokratische Organisation ihren Bruderverband organisieren Streifbruch vor. Von einer Entziehungsfaktion in der sonstigen sozialdemokratischen Presse über diesen Arbeiterverrat hat man selbstverständlich nichts gelesen.

Hirsch-Dundersche Selbstverpöschung.

Auf ihrem jüngsten Verbandstag haben die Hirsch-Dunderschen, wie unseren Kollegen bekannt ist, stark in „Asphalt- Radikalismus“ gemacht. Sie gerieten mit den Regierungsvertretern und nachher auch mit der freimütigen „Berliner Volkszeitung“ in Konflikt. Dazu kommt noch, daß sie sich auf dem Verbandstag nicht schlecht selber verpöschelt haben. Wir

trauten kaum unseren Augen, als wir im „Regulator“ (Nr. 23) aus der Gleichförmigen Rede (berentwegen der Konflikt mit den Regierungsvertretern entstand) folgende Stelle lasen:

„Wenn ein Arbeiter mitbeschlossen und mitgestimmt hat, daß in einem Werk die Arbeit niedergelegt wird und alle Arbeiter, im Vertrauen auf das gemeinsame Vorgehen sehr viel, ihre Existenz, die Existenz ihrer Familie riskieren und wenn dann während des Kampfes eine Anzahl Arbeiter vorübermäßig werden und ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen, dann werden solche wortbrüchige Arbeiter als nützliche Elemente der Gesellschaft mit allen Mitteln des Staates geschädigt. Wenn dann ein kämpfender Arbeiter, der sein Wort ehrlich aufsaßt, in heller Empörung über den Wortbruch der andern diesen Streifbrecher zuruft, dann wird ein solcher Arbeiter schlimmer behandelt und schwerer bestraft als mancher Verbrecher.“

Wer denkt angeichts dieses Löwengebrülls nicht an die „Selbstentaten“ der Hirsche in Stolberg und Siedeln. Als die Treiberinnen des Hirsch-Dunderschen Beamten Hartmann-Nachen von unserem Kollegen Arce beim rechten Namen genannt wurden, lief Hartmann zum Kadi, ließ sich also „mit allen Mitteln des Staates“ schützen.

Daß die Hirsche nach ihrem Stolberger Treubruch — der selbstverständlich von unseren Kollegen gebührend an den Pranger gestellt wurde — sich nicht „mit allen Mitteln des Staates“ schützen ließen, liegt daran, daß sie fürchten, unter die Räder zu kommen. In Stolberg hatten die Hirsche „mitbeschlossen und mitgestimmt“, daß bei Prüm „die Arbeit niedergelegt“ würde, und nachher fielen sie auf Veranlassung ihrer Führer um. In Nr. 6 stellten wir fest:

„Außer dem Beamten Hartmann (Nachen) hatte die Hauptleitung des Gewerksvereins in Berlin den Beamten Gieseler nach Stolberg geschickt, um dessen Mithilfe und Betreibung der Vertragsbruch ausgeführt wurde. Dem Generalsekretär des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins in Berlin wurde von unserem Verbandsvorsitzenden Wieber per Telefon mitgeteilt, welche Rollen seine Beamten in Stolberg auszuführen im Begriff standen. Die Hauptleitung des Gewerksvereins hat den Vertragsbruch ihrer Beamten nicht verhindert, obwohl sie es konnte.“

Wer will angesichts dieser Tatsachen bestreiten, daß der Treubruch der Hirsch-Dunder in Stolberg, durch ihre Verbandsstags-Kraftworte, die ihm gebührende Note bekommen hat? Diese S. D. die nicht davor zurückschrecken, dem Vertragsgenossen in den Rücken zu fallen, und dann in der Deffenklichkeit in billigem „Asphalt-Radikalismus“ machen, können für einen ernsthaften Arbeiter nicht in Betracht kommen. Mit Konfusionsräten ist der Arbeiterkampf in der heutigen Zeit ebensowenig gedient, als wie mit radikalen Schlagworten, die so billig sind wie Brombeeren. Nur ernsthafte Arbeit führt zum Ziel und die wird in den christlichen Gewerkschaften geleistet.

Aus Wirtschaft und Technik.

Produktionserhebungen in der Kraftfahrzeugindustrie.

Zu der großen, weitverzweigten deutschen Metallindustrie hat ein neuer Zweig, die Kraftfahrzeugindustrie, eine immer größere Bedeutung gewonnen. Nach anfänglich der Jahrhundertwende ein kaum nennenswertes Glied in unserer Industrie, hat es die deutsche Kraftfahrzeugindustrie verstanden, sich innerhalb weniger Jahre durchzusetzen. Auf dem Weltmarkt hat sie sich ebenfalls einen bedeutenden Platz errungen. Unter dem Begriff Kraftfahrzeugindustrie fallen jene Werke, die sich mit der Erzeugung von Kraftwagen, Kraftwagen, Motoren, Flugmaschinen, Luftschiffen und Motorbooten befassen. Nach dem vom Reichsamt des Innern zuerst umfassend im Jahre 1911 veranfaßten Produktionserhebungen in der Kraftfahrzeugindustrie (Veröffentlichung in den Amtlichen Nachrichten Nr. 60/1913) wurden in dieser Branche 134 Betriebe ermittelt. Die Zahl der beschäftigten Personen betrug 28 694, denen an Löhnen und Gehältern 45 057 000 Mark gezahlt wurden. Weil darin auch die Löhne der Beamten etc. enthalten sind, die aber nicht gesondert angegeben werden, geht es nicht an, aus diesen Ziffern Durchschnittslöhne zu ermitteln.

Der Gesamtwert der Erzeugung betrug 163 Millionen Mark. Zu dieser Summe sind auch die Lieferungen der anderenwärts bezogenen Rohstoffe, der Halb- und Ganzfabrikate, sowie der von anderen Betrieben fakturierten Hilfsarbeiten im Werte von 79 Millionen Mark enthalten.

In der Gesamtproduktion der Kraftfahrzeugindustrie nimmt die Herstellung von vollständigen Kraftwagen den wichtigsten Platz ein. Ihre Zahl belief sich im Erhebungsjahre auf 11 692 Stück, davon waren Personenwagen 10 319 und 1373 Güter- oder Lastwagen. Der Bedarf an Kraftwagen- und Dreirädern scheint nicht so groß zu sein. Die Jahresproduktion an Kraftzweirädern betrug 3901, die der Kraftdreiräder 1079 Stück. Die Erzeugung vollständiger Untergestelle belief sich auf 5247, die der vollständigen Motorboote auf 290 und der Motoren auf 3694 Stück. Hierbei sind in der Statistik jedoch nur diejenigen vollständigen Untergestelle und Motoren berücksichtigt, die von der Werkstatt abgeliefert wurden; d. h. zum Verkauf oder zur Abgabe an andere eigene Werke kamen.

Der Gesamtwert des Jahresabsatzes der Kraftfahrzeugindustrie betrug 139 Millionen Mark; 97 872 000 Mark entfielen auf den Absatz im Inlande und 40 990 000 Mark auf den Absatz im Auslande. In der Kraftfahrzeugindustrie nimmt sowohl auf dem Inlands- wie Auslandsmarkt der Absatz an vollständigen Kraftwagen die erste Stelle ein. Bei einer Gesamtproduktion von 11 692 Kraftwagen entnahm das Inland 7659 Stück, die einen Wert von 49 Millionen Mark repräsentierten, während der Auslandsabsatz 2763 Wagen im Werte von 22 Millionen Mark betrug. Der Auslandsabsatz an Kraftzweirädern übertrifft um ein Beträchtliches den des Inlandes. Das Ausland kaufte 2178 Räder für 1 386 000 Mark, das Inland 1717 Räder für 1 094 000 Mark. Ebenso ist der Absatz von Motoren für Motorräder im Ausland größer als im Inland. Der Jahresabsatz im Ausland betrug 527 Stück für 1 08 000 Mark, der Inlandsabsatz 345 Stück für 181 000 Mark. Welche Gründe maßgebend sind für die große Preisverschiedenheit der Motore für den In- und Auslandsmarkt, darüber gibt die Statistik keinen Aufschluß. Der Absatz der vollständigen Untergestelle für Personenwagen betrug im Inlande 3008 Stück, im Werte von 19 612 000 Mark, im Auslande 1239 Stück im Werte von 9 523 000 Mark. Ebenso ist der Verkauf der verschiedenen Motore für Motorboote, Kraftwagen und Flugmaschinen zufriedenstellend. Die Erhebungen in der Kraftfahrzeugindustrie beweisen, daß es mit einem leistungsfähigen, neuen Zweig der Metallindustrie zu tun haben. In der Automobil- und Flugzeugindustrie ist

eine neue Gründung der Vollendung nahe. Es handelt sich um die „Alfaswerke“, einer Aktiengesellschaft größeren Stils für Automobile und Flugzeuge. Das Aktienkapital beträgt 6 Millionen Mark. Außer der Herstellung von Personen- und Geschäftswagen ist auch die Fabrikation eines neuen Selbsttriebfahrzeuges in Aussicht genommen. Die Leistungen, welche die gesamte Kraftfahrzeugindustrie seit ihrem kurzen Bestehen zeigte, berechtigen zu großen Hoffnungen.

Unsere Ortsgruppenvorstände sollten dem neuen Industriezweig die nötige Aufmerksamkeit entgegenbringen. Ungenommen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse seien in dieser Industrie gut, was bei allen neuen Industriezweigen Anfangs der Fall zu sein pflegt, so liegt darin doch keine Garantie für alle Zukunft. Eine gewisse Zeit geht's ja gut. Mit fortschreitender Konkurrenz der Werke untereinander werden die Löhne aber bis an die unterste Grenze gedrückt, „um billig“ verkaufen zu können, d. h. Schmutzkonkurrenz zu machen. Ein sprechendes Beispiel in dieser Beziehung ist die Industrie emaillierter Blechgeschirre etc. Die Werke können die Arbeitsverhältnisse um so leichter verschlechtern, wenn sie es mit einer unorganisierten Arbeiterschaft zu tun haben. Darum sollten sich die Kollegen aus der Kraftfahrzeugindustrie bei Zeiten restlos der Organisation anschließen, damit sie gestärkt sind. Was auch in dieser Industrie eine gut organisierte Arbeiterschaft vermag, beweist der Münchener Tarif-Abchluss von dem wir in der vorletzten Nr. berichteten.

Streiks und Lohnbewegungen.

Tarifbewegung in Kölner Karosseriebetrieben.

Am 31. Mai d. J. lief der Tarif in den hiesigen Karosseriebetrieben ab. Die Verhandlungen zum Abschluss des neuen Tarifes sollten am 1. Mai beginnen. Nachdem die Organisationen die Vorbereitungen vollzogen, wurde der neue Vertragsentwurf am 8. Mai eingereicht. Gefordert wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit von 56 auf 53 Stunden pro Woche. Für Ueberstunden sollten für die ersten 2 Stunden 30 Prozent, für Nachtarbeit 50 und für Sonntagsarbeit 100 Prozent bezahlt werden. Der Lohn für Feuerschmiede sollte von 55 Pfg. auf 65 Pfg., für Bank- und Blecharbeiter von 48 Pfg. auf 58 Pfg., für Bauarbeiter, die noch nicht 1/2 Jahr in Karosserie, und Wagenfabriken gearbeitet haben, von 44 Pfg. auf 52 Pfg. und für Zuschläger von 43 Pfg. auf 50 Pfg. erhöht werden. Für Zuschläger, welche gelernte Schmiede sind, soll eine Erhöhung des Lohnes um 2 Pfg. die Stunde eintreten.

Die Bewegung hat sich fast vollständig ohne öffentliche Einwirkung vollzogen, und doch konnten nach dreimaligem Verhandeln die Organisationsvertreter einen sehr schönen Erfolg aufweisen. Die Arbeitszeit wurde auf 54 Stunden pro Woche oder täglich 9 Stunden festgesetzt. Am letzten Arbeitstage vor Weihnachten, Ostern und Pfingsten beträgt die Arbeitszeit 7 Stunden unter Bezahlung des Lohnes für 8 Stunden. Bei Ueberzeitarbeit wird für die ersten zwei Stunden 25, für Nachtarbeit 50 und für Sonntagsarbeit 75 Prozent Zuschlag bezahlt. Auch die Mindestlöhne sind ganz bedeutend erhöht worden, es wurde der Mindestlohn für Feuerschmiede auf 65 Pfg., für Blech- und Bankarbeiter auf 57 Pfg., für Bauarbeiter die noch keine sechs Monate in Karosserie- und Wagenfabriken gearbeitet haben auf 50 Pfg. und für Zuschläger ebenfalls auf 50 Pfg. pro Stunde festgesetzt. Diese Mindestlöhne erhöhen sich am 1. März 1914 um einen Pfennig und am 1. März 1915 um weitere zwei Pfennig pro Stunde. Eine allgemeine Lohnerhöhung von 1 Pfg. tritt gleich, also am 1. Juni 1913 ein. Des weiteren wird am 1. März 1914 und am 1. März 1915 der Lohn um je 2 Pfg. pro Stunde erhöht. Also eine Lohnerhöhung von insgesamt 8 Pfg. pro Stunde. Sonstige Verbesserungen sind unter anderem die Bewilligung von Ferien unter Fortzahlung des Lohnes.

Mit Stolz können die organisierten Arbeiter dieser Branche auf die Erfolge ihrer Organisation zurück schauen. Der Kölner Tarif ist nunmehr einer der besten in der ganzen Karosseriebranche. Der Abschluss war aber auch nur möglich, weil die Arbeiterschaft fast restlos organisiert ist. Die Bewegung hat wieder aufs neue bewiesen, daß bei einer gut organisierten Arbeiterschaft auch ohne Streik schöne Erfolge erzielt werden können.

Mögen daher die Arbeiter in den übrigen Wagenfabriken, sowie die Fuß- und Wagenschmiede zur Einsicht kommen und an der Ausbreitung ihrer Organisation arbeiten, damit auch sie bald solche Erfolge genießen können. Es muß deshalb auf der ganzen Linie mit zäher Energie an der Ausbreitung des Verbandes gearbeitet werden. Besonders die Kollegen im Kölner Kleingewerbe haben noch vieles in der Organisationsarbeit nachzuholen. Wohlstand zeigt, daß ihr gewillt sind, die Organisation, euren Christlichen Metallarbeiter-Verband, weiterhin zu fördern. Unablässig agitieren und alle Verbandsveranstaltungen fleißig besuchen, muß unsere Parole lauten. Nur so können wir für unser eigenes Interesse tätig sein.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Bremen. Die Klempner stehen zwecks Abschlußes eines neuen Tarifvertrags im Streik.

Düsseldorf. Auf dem Emailierwerk Rhénania stehen die Arbeiter im Streik.

Verenigen a. d. W. Die dem Christlichen Metallarbeiterverband und dem Christlichen Holzarbeiterverband angehörenden Arbeiter der Holzwarenfabrik von E. Rose stehen wegen Lohnunterschieden im Streik.

Düsseldorf. Die Form- und Gießereiarbeiter der Firma Windscheid & Wendel stehen im Streik.

Enstkirchen. Die Arbeiter des Drahtwerkes Rhénania stehen wegen Lohnunterschieden in Kündigung.

Köln-Kalf. Die Arbeiter der Firma Maner & Comp. Trieurfabrik stehen wegen Lohnunterschieden im Streik.

Zugzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 22. Juni, der sechszwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. bis 28. Juni 1913 fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Danzig. Die hiesige Kaiserliche Werft beschäftigte im vergangenen Jahr, wie aus dem eben veröffentlichten Geschäftsbericht der Krankenkasse ersichtlich ist, durchschnittlich 3772 versicherte Personen. Gegen 1911 ist eine Zunahme von 166 zu verzeichnen. Nach dem Bericht sind im letzten Jahr von 100 Beschäftigten auf der Danziger Werft im Durchschnitt 60,1 Prozent erkrankt. Das ist mit Rücksicht auf den Reichsdurchschnitt der Kaiserlichen Werften, welcher 35 Prozent beträgt, eine ganz erhebliche Erkrankungsziffer. Von allen Erkrankungsfällen entfielen 15,5 Prozent auf Erkrankungen der Verdauungsorgane und 7,5 Prozent auf Gehirn- und Nervenkrankheiten. Man geht nicht fehl in der Annahme, wenn man die hohe Zahl dieser Krankheiten auf das ausgebreitete Ueberstundenwesen zurückführt, welches auf der Danziger Werft herrscht.

Im Jahr 1912 wurden von 298 Maschinenbauern 57 600 Ueberstunden geleistet. 50 Mechaniker, die ebenfalls zum Meißner Maschinenbau gehören, leisteten 1000 und 53 Kupferschmiede 9800 Ueberstunden. Außer diesen Ueberstunden sind noch eine Anzahl von Arbeitsstunden Sonntags und Nachts ausgeführt worden, deren Höhe sich nicht genau feststellen läßt. Sie werden ebenfalls einen hohen Prozentfuß ausmachen. 214 Werkstatthandlanger haben neben 29 000 Ueberstunden noch an Sonn- und Feiertagen 2542 Stunden arbeiten müssen. 40 Seiler und Kesselwärter mußten 15 700, 25 Maschinen- und Hilfsabwärtler 8100 Ueberstunden leisten. Insgesamt wurden von 2200 Arbeitern 254 000 Ueberstunden geleistet, während an Sonn- und Feiertagen insgesamt 14 000 Ueberstunden gearbeitet wurden.

Auf die hohe Zahl der Ueberstunden ist auch der hohe Prozentfuß der Erkrankungen zurückzuführen.

Durch die vielen Ueberstunden wird der Aufenthalt in den fast ganz geschlossenen Räumen der Unterseeboote zu lange ausgeht. Der Mangel an frischer Luft rächt sich bitter, was die hohen Erkrankungsziffern dartun. Andererseits hat das ausgebreitete Ueberstundenwesen eine große Unregelmäßigkeit in der Nahrungsaufnahme zur Folge, deren gesundheitsschädliche Wirkung durch die sehr große Zahl der Verdauungsstörungen bewiesen wird.

Gewiß, es soll nicht bestritten werden, die politische Situation kann Formen annehmen, daß mit Anspannung aller Kräfte in den Kaiserlichen Werften gearbeitet werden muß. Aber man soll und darf auch hier — schon aus Klugheitsgründen — nicht mehr verlangen, als gesundheitlich möglich ist. Daß aber auf der hiesigen Werft nicht alles ist, wie es sein soll, das beweist die hohe Krankheitsziffer, 61 Prozent in Danzig gegen 35 im Reichsdurchschnitt, das ist zu viel.

Die Arbeiterschaft der Kaiserlichen Werft sollte aus dieser Tatsache erkennen, daß sie nicht durch Interesselosigkeit zum Ziel gelangen, sondern nur durch den organisierten Zusammenschluß im Christlichen Metallarbeiterverband. Wenn eine Arbeiterschaft sich nicht um ihre eigenen Interessen kümmert, denn werden letzten Endes Dinge mit sehr üblen Folgen einreichen.

Darum, Kollegen von der Kaiserlichen Werft, Erkennt Eure Pflicht, arbeitet gemeinsam Hand in Hand mit Euren Arbeitsbrüdern von den Privatwerken. Der Christliche Metallarbeiterverband wird Eure Wünsche und Beschwerden mit allem Nachdruck abzustellen suchen.

Mannheim. (Sozialdemokratischer Terrorismus.) Vor einigen Tagen hatte bei dem Spenglermeister Merkwirtschaft in der Rheinbühnenstraße ein christlich organisierter Spengler Arbeit angenommen. Gleich in den ersten Tagen traten die dort beschäftigten Anhänger von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ in ziemlich unzweideutiger Weise an unseren Kollegen heran, sich in den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband aufnehmen zu lassen. Das lehnte unser junger Kollege ganz entschieden ab mit dem Hinweis, daß er christlich organisiert sei und bleibe, wo er sei. (Bravo! Reb.) Darauf wurde ihm bedeutet von den Genossen, daß er dann dauernd bei Meister Merkwirtschaft nicht arbeiten könne. Als die Quälereien zu stark wurden, sah sich unser Kollege gezwungen, die innegehabte Stelle zu verlassen und hatte damit den Beweis, den tausende schon vor ihm in ähnlichen Fällen gemacht hatten, daß die „sozialdemokratische Brüderlichkeit“ und „Arbeiterfreundschaft“ Schwindel und Humbug und nur der nackte Terror maßgebend ist. (Vergl. Paul Kausch, der durch die Genossen von Stelle zu Stelle gehetzt wurde.)

Fast will es scheinen, daß die Mannheimer Genossen wieder einmal von einer Art Tobjucht gegen christliche Arbeiter befallen sind. Denn gerade in dem Augenblicke, wo wir vorstehendes niederschrieben, wurde uns aus der Schloßerei Art, Mannheim S. 6. 36, gemeldet, daß die dortigen „Freiheitskämpfer“ die christlichen Arbeiter auf alle mögliche Art inkarnierten, verspotteten und mit Gegenständen bewarfen. Vor ungefähr 14 Tagen nahm ein Genosse einem christlichen Schlosser das Werkzeug weg und als dieser es zurück verlangte, bedrohte man ihn sogar mit Schlägen. Nur durch sein energisches Auftreten erhielt unser Kollege sein Werkzeug zurück.

Am 4. Juni machte es der sozialdemokratische Vertrauensmann Schreymann mit einem andern christlichen Schlosser ebenso. Als unser Kollege sich einfach gegen den Willen des „Freiheitsapostels“ in den Besitz seines Werkzeuges setzte, bedeuteten die übrigen Genossen dem christlichen Schlosser, wenn er nicht aufhöre oder entlassen werde, legten sie (die Genossen) alle die Arbeit nieder. Der Vertreter unseres Verbandes interpellierte sofort telephonisch den Herrn Art und erbat Schutz für den bedrängten christlichen Schlosser. Herr Art erklärte, daß er den sozialdemokratischen Vertrauensmann, welcher angefangen habe, entlassen und er sich im

übrigen nicht einschüchtern lassen werde, da er genug Schloßer bekommen könne.

Hiernach konnte man erwarten, daß Herr Art bementlich sprechend gehandelt hätte. Aber weit gefehlt. Art entließ unsere terrorisierten Kollegen und befehlt die Abdauüber. Ob er das tat, um „Herr im Hause zu bleiben“ oder auf Grund der „Informationen“, welche er von den ebenfalls roten „Vorarbeitern“ einzog, entzieht sich unserer Kenntnis. Damit nicht genug, Herr Art machte noch dazu, als am 6. Juni ein weiterer christlicher Schlosser nach ähnlichen Vorgängen sich gezwungen sah, seine Arbeitsstelle aufzugeben.

Jedenfalls hat Herr Art neben den Genossen alle Ursache, sich zu überlegen, wie er sich in den Augen eines jeden recht denkenden Menschen ausnimmt. Wir können uns keine traurigere Rolle denken, als wie sie hier von sogenannten Arbeitervertretern und einem bürgerlichen Unternehmer gespielt wurde.

Die rechtlich denkende christlich-nationale Arbeiterschaft ersieht aus dem skizzierten Verhalten, daß sie nur auf sich selbst angewiesen ist. Mit eisernem Willen und gerechtem Trutz sollen die christlichen Arbeiter daher in eine erhöhte Agitationsstätigkeit für den christlichen Metallarbeiterverband einreten und allerorts werden, dann wird auch der Tag nicht mehr fern sein, wo die Gewaltherrschaft der Genossen auch in Süddeutschland aufhört und englische Arbeitgeber aus Angst vor der Sozialdemokratie den christlichen Arbeitern Unrecht tun.

Hagen. (Straß bei den Gelben.) Trotz der kampfhaftesten Bemühungen der Unternehmer, den gelben Geblüht auf die Strampfe zu helfen, konnten die Kirchhofstrieblischen in ihrer 1 1/2-jährigen Arbeit im hiesigen Bezirk nur fünf Werkvereine zu Wege bringen. Angesichts dieser Tatsache ist das gelbe Fiasko vollständig klar, wenn man bedenkt, daß in unserem Industriebezirk mehr als 100 Großfirmen in Betracht kommen. Dazu kommt jetzt noch der Austritt des Agitators Franke aus der gelben Bewegung. Franke war bis vor kurzem Vorsitzender des gelben Werkvereins der Firma Wittmann in Haspe, zog von Versammlung zu Versammlung, um die gelbe Lehre zu verkünden. Trotzdem er sich nun mit allem Eifer den Gelben widmete, wurde er eines guten Tages bei Wittmann entlassen. Der bittere Unmut, den man ihm gegeben, soll ihm die Augen geöffnet haben. In einer Versammlung, einberufen vom „freien“ Metallarbeiterverband, sprach auch Franke und führte unter anderem aus:

„Die Gründung des Wittmannschen Werkvereins ist nicht von Arbeitern, sondern auf Betreiben des Werksbeamten Wiggemann (bei W. tätig) erfolgt. Dieser leitete die Gründungsverammlung. Ich wurde zum Vorsitzenden „gewählt“, d. h. keiner hatte was zu sagen, es wurde vorgeschlagen und abgestimmt. Direkt nach meiner Ernennung zum Vorsitzenden erhielt ich 25 Pfg. Lohnzulage pro Tag, wodurch mein Glaser nur noch gestärkt wurde. Ich hatte den Auftrag, die ganzen Gewerkschaften kaputt (!!!) zu machen. Ich kam in eine andere Werkstatt, wo ich ein recht schönes Leben führte. Der Maschinist, dem F. unterstand, meinte: „Du arbeitest brauchst Du nicht, die Hauptsache ist, wenn Du hier bist.“ Die Werkmeister scheinen nach der Meinung Franke nichts von den Gelben wissen zu wollen. Die Autorität des Franke haben sie so wenig geachtet, daß einer sogar zum anderen Meister sich äußerte: „Der Franke ist ein ganz verd... L... p.“ F. will dann zu Anfang des 4. Quartals der Firma entlassen haben, am 1. Januar seinen Posten niederlegen zu wollen. Die statutarisch vorgeschriebene Sitzung hätte aber nicht stattgefunden. Wiggemann hatte Krach mit der Werkmeisterlichen Volkszeitung“ und es fehlte ihm an Zeit, eine Vorstandssitzung einzuberufen. Den jetzigen Vorsitzenden des Wittmannschen Werkvereins soll der Firmeninhaber durchaus nicht gewünscht haben: „Das alte W... b will ich nicht.“ So habe dieser gesagt, als ihm der Vorschlag unterbreitet wurde.

Nein muß es in den Vorstandssitzungen gewesen sein. „Denn“, so sagt Franke, „hier brauchten wir nicht zu zahlen. W. hatte Geld genug.“ „Sogar die gelben Theaterproben wurden vergütet. Die Spieler gingen sofort von der Fabrik zur Probe, konnten dann Bier trinken und auch ihren hungerigen Magen durch Schnitzchen stärken.“ (Wodurch soll es denn gekommen sein, daß verschiedene Spieler möglichst viel Theaterproben wünschten. D. F.) Trotz aller Bemühungen will F. nun aber immer Unmut geerntet haben. Als er dem Gelbenführer Heß-Essen sein Leid gellagt, habe der kalt erwidert: „Ja, Du hast Dich zu viel mit den Arbeitgebern eingelassen.“ „In einer Werkvereinsversammlung hatten wir beschloffen, verschiedene Wünsche der Firma zu unterbreiten. Ich sollte sie Wittmann vortragen. Früher konnte ich jederzeit kommen, auf einmal hatte man jetzt keine Zeit mehr.“ Franke besuchte daraufhin den Sekretär des Arbeitgebervereins, Herrn Jakob-Hagen. Dieser hätte ihm erwidert: „Wittmann ist eine Sch... he. Der pendelt hin und her und kriegt mein Leben keinen vernünftigen Werkverein zusammen.“

Die Jasper Gelben scheinen das gelbe Blättchen „Der Werkverein“ wohl richtig bewertet zu haben. Soll doch in einer Versammlung beschloffen worden sein, den „Werkverein“ aufzubestellen wegen seiner heberischen Artikel. Daß Franke dadurch nicht an Sympathie bei den Obergelben gewann, ist zu verstehen. Daher mußte er sich denn auch gefallen lassen, daß ihm Heß-Essen zum Wortvort gemacht habe: „Da hast die ganze Werkvereinsbewegung in Hagen kaputt gemacht.“

Und nach der sozialdemokratischen „Freien Presse“ (vom 9. Juni) hat Franke in einer Versammlung gesagt:

„... daß die Werkvereine Gründungen der Fabrikanten seien und von diesen unterstützt werden. Zum Beispiel wurden bei Wittmann die Vereinsbeiträge von der Firma gezahlt. Vom ersten Tage an sei das geschehen. Nur dem Namen nach seien die Arbeiter Mitglieder geworden. Ueberhaupt mußte Franke, der ja bei Wittmann „beschäftigt“ war, viel von dieser Firma zu erzählen. So sagte er, die Vorschlagsliste für den zu wählenden Vorstand der Gelben sei im Bureau ausgefertigt worden und diese Personen mußten dann „gewählt“ werden.“

Franke will als Quittung für den ihm gezollten Unmut unter die Schriftsteller gehen und eine Brochüre schreiben, betitelt: „Die Deduktion einer gelben Leiche“. Was dabei herauskommt, muß abgewartet werden. Jedenfalls hat man sich bei den Gelben in Franke arg versehen. Verschiedene Schriftkade und dergl., die einzelne Firmen an Fr. richteten, sollen dartun, daß nicht Arbeiter die Gründung von Werkvereinen verlangten, sondern einzig und allein die betreffenden Unternehmer.

Die Entwicklung der Gelben zeigt, daß sie von der arbeitenden Arbeiterschaft ganz entschieden abgelehnt werden muß. Zu erwarten ist auch, daß die Werksbeamten und andere sich in Zukunft um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern und die

Arbeiter unbekümmert lassen. Der Arbeiter ist milddig. Genau so gut wie Arbeitgeber und Werkbeamte Unabhängigkeit im wirtschaftlichen Leben beanspruchen, so kann und muß die Arbeiterenschaft das Gleiche verlangen. Fort daher mit Gebilden, die nur berufen sind, den Arbeiterstand niederzubrücken!

Helibronn. (Der rote Fuchs auf der Agitation.) Gegenwärtig verbreiten die roten Metallgenossen in Helibronn und Umgebung zum Zweck des Mitgliederzuges Flugblätter, die den sozialdemokratischen Arbeitern über den Charakter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Sand in die Augen streuen sollen. Um sich einen „neutralen“ Anspruchs zu geben, zielt man die sozialdemokratischen Flugblätter mit Zitaten und Ausdrücken von Geistlichen über die Notwendigkeit der Organisation. Sonst aber kann man bei den Genossen nicht genug in Rede gegen dieselben Geistlichen machen. Aber der Zweck der Werbung ist klar: Um den sozialdemokratischen antireligiösen Charakter der freien Gewerkschaften zu verdeutlichen, schmilzt man sich auch einmal mit Zitaten von Geistlichen. Weiter wurde noch unsern Kollegen ein sehr freundlich gehaltenes Schreiben per Post zugeandt, worin sie mit den Unorganisierten zum Eintritt in den roten Verband eingeladen werden. Unsere Kollegen werden sich allerdings durch das sozialdemokratische Liebeswerben in ihrer Ueberzeugung und Organisationszugehörigkeit nicht beirren lassen. Dafür kennen sie den roten Fuchs zu gut. Die sozialdemokratische Agitation sollte aber allen unsern Kollegen im württemberg. Unterland ein Ansporn sein zu emsiger Werbetätigkeit zur Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes. Diese Arbeit liegt im Interesse aller Kollegen und sind wir von selbst gehalten, alles zur Stärkung unserer christl. Gewerkschaften anzubieten. Darum Augen auf, wenn der rote Fuchs naht und wader eingetretet in die Agitation für unsern christlichen Metallarbeiterverband.

Aus Oberschlesien. (Ein Nachwort zum Bergarbeiterstreik.) Als Friedrich der Große im siebenjährigen Kriege in Grünberg in Schlesien einzog, da fiel zur selben Zeit eine Glöde von einem der dortigen Kirchürme und zerfiel. Diesen Vorfall sah der König für ein günstiges Zeichen an und seinem Munde entschlüpfte die Worte: „Das Hohe muß erniedrigt werden.“ Diesen Anspruch kann man mit Recht auf die Führer der polnischen Berufsvereinigung anwenden. Vor dem Streit traten diese Herren mit einem Selbstbewußtsein auf, das geradezu lächerlich wirkte. Sie fühlten sich als die Gebieter Oberschlesiens und zählten die Tage, nach denen alle gegnerischen Organisationen lang- und kluglos abziehen würden.

Um ihr heiß ersehntes Ziel zu erreichen, griffen sie schon weit früher zu Mitteln, die allen gewerkschaftlichen Grundfragen und Erfahrungen Hohn sprechen. Es wurden Beitragsklassen von 10, 20, 30 Pfennig eingeführt, um so alle Arbeiter für sich einzufangen und von den anderen Organisations fernzuhalten. Die Polen trieben Schmutzkonzurrenz im wahren Sinne des Wortes. Diese Praktiken wurden auch noch während des Streiks beliebt. Man ließ einen Haufen Agitatoren aus dem Westen, von Posen und Westpreußen kommen, welche die Aufgabe hatten, den Arbeitern plausibel zu machen, daß sie auf geachteter polnischer Erde lebten und sich nur der polnischen Berufsvereinigung anschließen dürften, falls sie nicht Verrat an der polnischen Nation begehen wollten. Selbst den Unorganisierten versprach man Unterstützung und stellte ihnen Streikkarten aus. Zur Kontrolle mußten die Unorganisierten erscheinen, damit sie ja nicht den anderen Organisationen beiträten. Doch lange sollten sich die Macher ihres „Erfolges“ nicht erfreuen. Das Verberben stand grinsend dahinter. Heute sitzen die stolzen Führer in ihren Büros wie die betäubten Bohrer und müssen zusehen, wie ihnen die Felle wegschwimmen. Jetzt muß es ihnen doch zum Bewußtsein gekommen sein, daß sie mit ihrem phrasenhaften Radikalismus nur für die Sozialdemokraten gearbeitet haben. Die Mitglieder laufen ihnen davon, ohne daß sie es verhindern können. Die Erbitterung ist bei den Arbeitern über die durch die Schuld der Polen erkilrte Niederlage viel zu groß, um noch auf diese zu hören. Darüber sind sich die Beamten der polnischen Berufsvereinigung längst im Klaren, denn schon die Stimmung in der Konferenz, in welcher der Streikabbruch beschlossen wurde, hat ihnen dieses zum Bewußtsein gebracht. Wäre in derselben nicht ihr Ehrenmitglied, Kuratus Pospisch anwesend gewesen, der die Geister ein wenig beruhigte, so hätte es da schon Krügel gegeben. Noch an demselben Abend verschwanden bei Nacht und Nebel die Führer aus dem Westen und Posen, die kleinen Agitatoren mußten den Buckel herhalten. Die polnische Berufsvereinigung hat Wind gefaßt, daher konnte sie nur Sturm ernten.

Für vernünftige Gewerkschaftsarbeit waren die verantwortlichen Personen nicht zu haben. Ihre ganze Agitation bestand in einer wüsten Hebe gegen die christlichen Gewerkschaften. Diese wurden als Unternehmerfreunde und Zentrumsgewerkschaften verdröhen und Mitglieder des polnischen Zentralverbandes suchten im Verein mit ihren Verbandsangehörigen unsere Versammlungen zu sprengen. Sie skandalisierten wie Wilde und machten uns dadurch jede Verhandlung in unseren Versammlungen unmöglich. Hervorragende tat sich darin Pan Orzeszkowski hervor. Dagegen paktierte man um so mehr mit den Sozialdemokraten und ließ diesen freis nach. Es zeigte sich sogar das Bestreben, die Lohnbewegungen mit den Sozialdemokraten allein zu führen und die Christlichen auszuschalten. Jetzt haben sie den Dank für ihre Nachläuferdienste erhalten. Während die Christlichen nicht bloß allein die Solidarität wahren und die Polen nach helfen Kräfte unterstützen, haben die Sozialdemokraten ihnen entgegen gearbeitet, damit der zusammengebrochene Streit auf das Konto der Polen gebucht werden konnte. Durch ihre unverantwortliche Taktik haben die Polen die gesamte Arbeitererschaft schwer geschädigt.

Lehren bietet der Streit für die Polen genug. Falls sie noch Lehren zugänglich sind, so werden sie endlich ihre Tätigkeit ändern müssen. Doch das ist kaum zu hoffen; ihnen fehlen erprobte Gewerkschaftler, die sich an die Spitze der Organisation stellen können. Sie können die Gewerkschaftsarbeit von den politisch-nationalen Fragen nicht trennen. Dann sind sie auch Neulinge in der Gewerkschaftsbewegung. Für die großen volkswirtschaftlichen Zusammenhänge fehlt ihnen Schulung und Verständnis, weil es ihnen an Personen fehlt, die ihnen diese beibringen könnten. Deshalb jagen sie Phantomen nach und füren die Arbeiter ins Unglück.

Die obereschlesischen Arbeiter haben aus dem unglücklichen Streit die Lehre zu ziehen, daß nur eine Organisation

helfen kann, die keinen Ideen nachläßt, die außerhalb des Gewerkschaftsgebietes liegen. Ganz besonders muß uns zum Bewußtsein gekommen sein, daß nur mit ausreichenden Beiträgen unsere sehr traurige Lage gebessert werden kann. Nur so können die nötigen Mittel zusammen kommen, um das millionenschwere Unternehmertum zum Nachgeben zu bringen. Leider wollen dieses viele obereschlesische Arbeiter immer noch nicht einsehen. Die Beiträge, wie sie unser christlicher Metallarbeiterverband erhebt und erheben muß, sind ihnen zu hoch. Sie möchten am liebsten gar nichts zahlen und doch jedes Vierteljahr 10 bis 20 Mark herauszuholen. Diese Anschauung ist höchst verwerflich und muß sich am Arbeiterlande bitter rächen. Den Beweis dafür hat die polnische Berufsvereinigung geliefert. Hätte diese nicht eine so beschämende Schmutzkonzurrenz betrieben und einen vernünftigen Beitrag erhoben, dann hätte der Streit niemals ein so schnelles Ende nehmen können. Jetzt müssen die Vergleute unter schlechteren Bedingungen zur Grube zurück. Und was das bedauerlichste ist, tausende Familienväter müssen auf ihre alten Tage ihre Heimat verlassen und ihr Brot in fernem Gegenden suchen, durch die Schuld der polnischen Berufsvereinigung und der Sozialdemokraten.

Kollegen von Oberschlesien, helft mit, daß es anders wird.

Bochum. Bis zum 1. Juni mußten die Ortskrankenkassen ihr neues Statut beim Versicherungsamt eingereicht haben. Da bekanntlich alle anderen Klassen, wie Fabrik-, Zinnungs-, Kassen etc. ihre Leistungen denen der Allgemeinen Klasse gleichwertig zu gestalten haben, so mußten letztere Klassen mit der Ausgestaltung des Statuts so lange warten, bis die Ortskrankenkassen ihre demnächstigen Leistungen festgesetzt hatten. In den Ortskrankenkassen ist diese Arbeit jetzt erledigt, und können deren Mitglieder im hiesigen Bezirk damit im allgemeinen zufrieden sein. Ob nun auch die Betriebskrankenkassen den Ausbau der neuen Statuten so durchführen, wie es im Sinne des Gesetzgebers gedacht ist, scheint nach den uns bisher zugegangenen Informationen nicht überall der Fall zu sein. Das größte Hindernis, welches dem Ausbau der Betriebskrankenkassen entgegensteht, ist die niedrige Beitragseinstellung. Von vielen Unternehmern wird immer wieder behauptet: die Arbeiter wollten nicht mehr Beiträge zahlen.

Um nun die Stimmung in den Kreisen der Arbeitererschaft kennen zu lernen, hielt unsere Ortsverwaltung in der letzten Zeit mehrere Versammlungen ab, in denen über die Aufgaben des Krankenversicherungsgesetzes und die Leistungen der Betriebskrankenkassen referiert wurde. Von allen Rednern wurden die **M. V. D.** und **K. A. V.** les dargelegt, und die Vorteile, welche die **M. V. D.** bietet, nachgewiesen.

Bei den Leistungen einer Klasse sei hauptsächlich die finanzielle Grundlage zu berücksichtigen. Die vornehmste Pflicht der Arbeiter sei es, in gesunden und erwerbsfähigen Tagen ein paar Pfennige mehr zu zahlen, damit sie in kranken Tagen auch etwas von der Kasse verlangen könnten.

Als Mehrleistungen kämen hauptsächlich die Erhöhung des Grundlohnes auf 6 Mark, und die damit verbundene Erhöhung des Krankengeldes von 50 auf 60 Prozent in Frage. Dringend notwendig sei ferner, den verheirateten Mitgliedern das erhöhte Krankengeld bei Unterbringung im Krankenhaus zu gewähren, ebenfalls müßten die Ledigen im letztem Falle eine entsprechende Unterstützung erhalten.

Das Sterbegeld solle nicht nur den Mitgliedern, sondern auch für die Ehefrauen und Kinder gewährt werden.

Das Hauptaugenmerk sei auf den Ausbau der Familienversicherung zu richten. Neben freier ärztlicher und spezialärztlicher Behandlung könne ein Teil der Arzneikosten von der Kasse übernommen werden. Stillprämien und Wöchnerinnenunterstützungen sollten nicht bloß Pflichtmitgliedern sondern auch den Ehefrauen der Kassenmitglieder gewährt werden.

Es sei wünschenswert, daß jetzt, nachdem die Ortskrankenkassen in ihren neuen Statuten wesentliche Verbesserungen vorgesehen hätten, die Betriebskrankenkassen nicht zurückbleiben in ihren Leistungen. Die Krankenversicherung habe die Aufgabe, den erkrankten Arbeiter möglichst bald wieder gesund zu machen und ihn vor Not und Elend zu schützen. Bei der Beratung der **M. V. D.** sei man von dem Gedanken ausgegangen, daß in dem neuen Gesetz mehr geleistet werden solle, als in dem bisherigen. Da sollte und müßte man erwarten, daß alle sozial gesinnten Kreise mitarbeiten an einem möglichst guten Ausbau der Betriebskrankenkassen; beide Teile, Arbeiter und Arbeitgeber hätten hieran den größten Nutzen.

Bemerkenswert ist es, daß in allen Versammlungen die Arbeiter immer wieder betonten, gern ein paar Pfennige mehr zahlen zu wollen, um dann in kranken Tagen eine hinreichende Unterstützung zu haben.

Damit ist die Behauptung der Unternehmer, „die Arbeiter wollten keine höheren Beiträge zahlen“, widerlegt. An den Arbeitgebern liegt es jetzt, sich nicht als sozialpolitische Bremse zu zeigen. Die hiesigen Gelben scheinen sich als Unternehmersbremse betätigen zu wollen. Wenigstens läßt das Verhalten des Herrn Mele, seines Zeichens Vorsitzender der Gelben vom Bochumer Verein, einen anderen Schluß nicht zu. Anstatt sich mit der Materie zu befassen, meinte der Mann: „der christliche Metallarbeiter-Verband solle keine Krankenunterstützung mal zuerst erhöhen.“ Ihm würde plausibel gemacht, daß der christliche Metallarbeiter-Verband keine Unterstützungskasse sei, sondern in erster Linie die wirtschaftliche Weiserstellung sowie die geistige und sittliche Erhebung seiner Mitglieder sich zur Aufgabe gestellt habe. Aus der wirklich „wunderbaren“ Argumentation des Gelben zwele ist klar zu ersehen, wie sich in den Köpfen der Gelben die Aufgaben einer Gewerkschaft widerspiegeln.

Wie wird es wohl in den Krankenkassen aussehen, in denen solche Leute einen bestimmenden Einfluß ausüben können. Dies zu verhindern ist Aufgabe aller christlich-nationalen Arbeiter. Darum Kollegen an die Arbeit, nur eine starke Organisation ist in der Lage, sozialpolitische Vorteile nutzbar zu machen für den Arbeiterstand.

Briefkasten

Bestimmte Berichte mußten zurückbleiben für die nächste Nummer.

A. E. Du hast recht, wir kommen demnächst darauf zurück. Für den Artikel ist vorläufig kein Platz, vielleicht gelingt es ihn später mitzunehmen. Trchl. Gruß.

Sterbetafel.



Wasseralfingen. Am 13. Juni starb unser Kollege Walzwerkarbeiter A. Gägele im Alter von 44 Jahren an Lungentuberkulose.

Wonn. Unser Kollege, der Schlosser S. Langen, starb am 11. Mai im Alter von 43 Jahren an einem Lungen- und Leberleiden.

Wannheim. Am Freitag, den 13. Juni, starb unser Kollege Michael Ringhof im Alter von 24 Jahren an Zuckerkrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Berammungskalender.

Kollegen und Kolleginnen!

Veräunt ohne triftigen Grund keine Verammung!

Samstag, den 21. Juni.

- Ranken.** Abends 8.30 Uhr im Kriegerhof.
- Bremen.** Abends 8.45 Uhr im Colosseum, Dillstr. 1.
- Dortmund I.** Abends 9 Uhr im Lokal Kroll, Körnerplatz.
- Dortmund-Scim.** Abends 6 Uhr im Lokal Bant.
- Durlach.** Abends 8.30 Uhr im Pöschhof.
- Düsseldorf-Wilk-Friedrichstadt.** Abends 9 Uhr bei Neugwasser, Bittelallee.
- Düsseldorf-Gilden.** Abends 9 Uhr bei Engels, Kaiser Wilhelm-Platz.
- Freiburg i. B.** Abends 8.30 Uhr im Gaulebräu, Schiffl. 7.
- Galbe.** Abends 8.30 Uhr bei Thomas, Börberstr. 16.
- Gnollstadt.** Abends 8 Uhr im Rath. Bevelshaus, Referent: Westr. Leiter Konrad-Münberg.
- Karlruhe.** Abends 8.30 Uhr im Palmengarten.
- Köln-Denz.** Abends 9 Uhr zur Krone, Freiheitstr. 10.
- Köln-Sumboldkolonie.** Abends 8.30 Uhr bei Guth, Mattstraße.
- Milse.** Abends 8.30 Uhr bei Ed. Rosendahl, Börberstraße.
- W. Gladbach-Former und Gieckereiarbeiter.** Abends 9 Uhr bei Morfen, Marktstr.
- Reheim 3. Bezirk.** Abends 8.30 Uhr bei Latzsch.
- Reheim 5. Bezirk.** Abends 8.30 Uhr in der Schulzengasse.
- Rechenburg.** Abends 8 Uhr in der Fabrikstraße.
- Stuttgart.** Abends 8.30 Uhr im römischen König. Hofstr. 3.
- Stuttgart-Gannatt.** Abends 8.30 Uhr im Lokal des ev. Arbeitervereins.

Sonntag, den 22. Juni.

- Danzig-Zoppot.** Vorm. 11 Uhr im Zoppoter Hof.
- Dortmund-Dortfeld-Jugendklasse.** Vorm. 11 Uhr bei Sturm.
- Duisburg-Ortsverwaltung.** Vorm. 10.30 Uhr im Burgader im Einbürger, Höhenstraße, außerordentliche Generalversammlung.
- Düren.** Morgens 11 Uhr bei S. Klüfberger.
- Düsseldorf-Neuf.** Vorm. 11 Uhr bei Fioch, Niederstraße.
- Gerdecke.** Vorm. 11 Uhr bei S. Men, Hauptstraße.
- Köln-Stall.** Morgens 11 Uhr bei Hüntenberg, Breuerstr. 14.
- W. Gladbach-Rehndt.** Vorm. 10.30 Uhr im Grünwald.
- Reheim-Jugendliche.** Nachm. 4 Uhr im Gesellenhaus.
- Reheim 2. Bezirk.** Vorm. 11 Uhr bei Demmer, Mähnestraße.
- Oberhausen-Nild.** Vorm. 10.30 Uhr bei Kemmerling.
- Troisdorf.** Morgens 11 Uhr bei Wiltz, Kirten, Kirchstraße.
- Wetter.** Vorm. 11 Uhr im evangel. Vereinshaus.

Mittwoch, den 25. Juni.

Welter-Former. Abends 8.30 Uhr bei Pfeilinger, Kirchstr. 12.

Samstag, den 28. Juni.

- Barren.** Abends 9 Uhr bei Endermann, Oberdörnerstr. 69.
- Berlin.** Abends 8.30 Uhr im Schütz Festsaal, Am Königsgraben 14.
- Düsseldorf-Ratingen.** Abends 9 Uhr bei Kirten, Beckemstraße.
- Giesen.** Abends 8.30 Uhr im Westfälischen Hof.
- Hambrg.** Jeden 2. und 4. Sonnabend im Willerts Gesellschaftshaus, Kohlhöfen 27.
- Reheim 4. Bezirk.** Abends 8.30 Uhr bei Krutzenbaum früher Westermann, Ohlstraße.
- Rehiges.** Abends 8.30 Uhr bei Reimhaus, Wilhelmstr. 30.
- Köln-Groenfeld.** Abends 8.30 Uhr bei Wittkamp, Venloerstraße.
- Köln-Stadt.** Abends 9 Uhr im Restaurant „Zur Nathausmühle“, Neumarkt 18.
- Stuttgart-Urdiasburg.** Abends 6 Uhr bei Weinmann.
- Wärzburg.** Abends 8 Uhr im Lokale Endres, Ferrengasse.

Sonntag, den 29. Juni.

- Karlruhe.** Morgens 11 Uhr Vorstand- und Vertrauensmännerversammlung im Palmengarten.
- Reheim 6. Bezirk.** Vorm. 11 Uhr bei Wolf, Hochstraße.
- Neunkirchen.** Abends 8 Uhr bei Schleppl, zum „Stern“.
- Poulheim.** Morgens 11 Uhr bei Kämmling, Venloerstr. 187.

Wir suchen einen jüngeren, unverheirateten **Maschinenschlosser**, der möglichst mit Dreharbeiten vertraut ist. Freie Wohnung in der Kaserne. Meldungen mit Lohnanprüchen und Zeugnisabschriften an **Zuckerfabrik Groß-Düdingen** (Provinz Hannover).

Selbständig arbeitenden älteren **Bau- und Kunstschlossern** unseres Verbandes wird dauernde und lohnende Arbeit nachgewiesen. — Meldungen mit Altersangaben sind zu richten an die Hauptgeschäftsstelle **Duisburg, Seitenstraße 17.**

Wichtig für die Ortsgruppen und Sekretariate des Christl. Metallarbeiterverbandes.

Wir liefern schnell und billig: **Briefbogen, Mitteilungen, Postkarten, Kuverts usw.** in schwarz und Bundeck mit dem Verbandszeichen. Ferner: alle Sorten Schreibmaschin- und Vervielfältigungspapiere, Schreibmaschinendurchschlagpapiere, Wachspapier sowie alle Utensilien von D. Gestetters Vervielfältigungs-Apparat. :: Bitte Muster und Preisliste zu verlangen **Echo vom Niederrhein** Duisburg.